Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296. Freitag, den 19. Dezember 1919. 26. Jahrg.

Bürger, Senat der Reichsverfassung.

Von Dr. J. Schlomer.

Die Schaffung der neuen lübeckischen Staatsverfassung macht anscheinend recht erhebliche Schwierigkeiten. Jetzt ist endlich nach über Jahresfrist der Kopf geboren, während in anderen, größeren Ländern der jungen deutschen Republik, z. B. Württemberg und Anhalt, das Werk schon längst unter Dach und Fach ist. Diese Verzögerung hängt wohl damit zusammen, daß man zu viel altüberlieferte Einrichtungen, hübsch in Spiritus konserviert, in die demokratische Gegenwart hinüberretten möchte. Da der Spiritus jetzt so rar ist, sollte man jedoch sparsamer mit ihm umgehen.

Gleich in Artikel 3 stößt man auf mittelalterlich hansische Eigentümlichkeit. Da heißt es: „Bürger des lübeckischen Freistaates sind diejenigen lübeckischen Staatsangehörigen, die das Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen." Also die Zweiteilung der Bevölkerung in Bürger und Nichtbürger soll beibehalten werden. Der Begriff „Bürger" deckt sich ja nach Artikel 17 der Reichsverfassung fast gänzlich mit dem der Staatsangehörigkeit, da das Wahlrecht in den Einzelstaaten allen reichsangehörigen Männern und Frauen gegeben werden muß. Jedenfalls bleibt aber das Bürgerrecht ein Vorrecht der lübeckischen Staatsangehörigen. Unter dem alten Regime hat der Begriff „Bürger" immer dazu gedient, die Mehrheit des Volkes um ihre Rechte zu betrügen. Früher hat seine Erwerbung durch die Zahlung der 27 Mk., zuletzt durch die Bedingung der 5jährigen Aufenthaltsdauer, die minderbemittelte und mehr unständige Arbeiterschaft an der Erlangung des Wahlrechts gehindert.

Auch jetzt noch soll dem „Bürger" ein Vorrecht verliehen und das höchste politische Recht nur ihm allein vorbehalten werden. Nach Artikel 6 des Verfassungsentwurfs darf nur er in den Senat gewählt werden. Diese Bedingung muß auf jeden Fall beseitigt werden. Sie ist nach unserer Auffassung rechtlich unzulässig; denn sie setzt sich in direkten Widerspruch mit Art. 110 Abs. 2 der neuen Reichsverfassung, der da lautet: „Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst." Man müßte vielleicht Jurist sein, um hier einen Widerspruch nicht finden zu können. Man kann wohl das Wahlalter zum Senat für alle Personen auf 30 Jahre einschränken, man darf aber keinen Unterschied machen zwischen lübschen Staatsangehörigen (Bürgern) und anderen deutschen Reichsangehörigen. Dieser Unterschied sollte gerade nach dem Sinn und Willen des Gesetzgebers aufgehoben werden. Man riskiert also das Einschreiten des Reichspräsidenten, der nach der Reichsverfassung die Durchführung der Reichsgesetze zu überwachen hat. Er wird zwar den guten Lübeckern nicht gleich Noske auf den Hals schicken, aber vor dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches dürfte die jetzige Fassung des Artikels nicht bestehen.

Aber nicht nur aus rechtlichen Gründen, auch aus rein praktischen ist er zu verwerfen. Will man Lübeck von der Außenwelt abschließen? Nichts ist zum Gedeihen von Handel und Verkehr eines Staates so wichtig, wie die Einfuhr neuer Gedanken und Menschen, die schon an anderen Orten Verwaltung und Wirtschaft kennen gelernt haben. Will man den — wie wir erwarten, zu Lübecks Bestem — eben sich erneuernden Senat in Zukunft vor frischem Luftzug wieder bewahren? Der „Lübecker Volksbote" goß erst vor kurzem seinen berechtigten Spott über die Mecklenburger bürgerliche Presse aus, die schaudernd aufzählte, daß die mecklenburgischen Minister, wie Gen. Stelling, „Landesfremde" wären. Sind wir in Lübeck nicht drauf und dran, einen ähnlichen Schildbürgerstreich zu machen? Man mag die Befähigung der Lübecker Bürger recht hoch einschätzen. Daß sie in früheren Jahrzehnten immer einen geeigneten Kandidaten zum Senat zur Verfügung hatten, muß auch der begeistertste Lübecker billig bezweifeln.

Die Beschränkung auf Lübecker Bürger hat einst das Emporkommen der patrizischen Senatsgeschlechter bewirkt, und auch in einem demokratischen Staat ist ihr Entstehen durchaus nicht ausgeschlossen. Klang die Verfassung von 1848 doch dem flüchtig Lesenden sehr demokratisch, nur daß im Hintergrunde die Erschwerung des Bürgerwerdens und des beschränkten Wahlrechtes stand.

Zur Herbeiführung einer durchgreifenden Verwaltungsreform hat das moderne Lübeck einen energischen und tüchtigen Kenner des Verwaltungsrechtes notwendig. Ob wir den hier besitzen, ist fraglich, ganz abgesehen davon, daß er auch Kenntnisse anderer Großstadtverwaltungen haben muß. Wollen wir einen solchen in Zukunft in den Senat berufen, so könnte das in einfachster Weise durch die Bedingung des Bürgerrechts verhindert werden. Damit kommen wir auf die Frage, ob nicht auch die leitenden Beamten als solche in den Senat gewählt werden sollen. Im ersten Artikel des „Volksboten" zu dieser Frage wird schon die hohe Zahl der Senatoren kritisiert. Man könnte sparen, wenn man bestimmte Beamte zu Senatoren wählt. Das wäre auch sehr praktisch. Nach der neuen Reichsverfassung wird das „Regieren" in den einzelnen Ländern immer mehr eingeschränkt. Damit verwandelt sich unser Senat schließlich in einen reinen Verwaltungskörper, wird immer ähnlicher dem Magistrat anderer Städte. In diesem besitzen die technischen Beamten schon jetzt Sitz und Stimme und bedürfen keines juristischen Vormundes. Der Geschäftsgang wird dadurch einfacher, die Bedürfnisse der Stadt werden schneller erfüllt. Der Leiter unseres Bauwesens gehört sicher in den Senat. Ebenso steht es mit dem Schulrat und ähnlich mit dem Leiter unseres Gesundheitswesens. In diesen Verwaltungszweigen kommen so viele, nur durch lange Vorbildung und sachverständige Tätigkeit erworbene Kenntnisse in Frage, daß hier der Fachmann auch die höchste Spitze, den Senatstisch, selbst einnehmen muß. Das Interesse der Bevölkerung, die Selbstverwaltung und der Schutz von Bureaukratie kann gewahrt werden durch energisches Mitarbeiten der bürgerlichen Deputierten in diesen Verwaltungszweigen oder auf modernere Weise durch Arbeiterräte, durch Elternbeiräte, Lehrerkammern und Gesundheitskommissionen. Diese Oberbeamten werden vielfach nur aus dem „Deutschen Auslande" geholt werden können. Die Möglichkeit der Wahl von Beamten in den Senat müßte meines Erachtens nach in der Verfassung festgelegt werden, aber vielleicht nicht für bestimmte Verwaltungszweige, was sonst die Wahlfreiheit der Bürgerschaft beeinträchtigen würde. Welche Posten praktisch in Frage kommen, wird schon die Erfahrung mit der Zeit ergeben. Es besteht allerdings die Gefahr, daß durch die Wahl solcher Personen, die ohne Rücksicht auf ihr politisches Glaubensbekenntnis gewählt werden müssen, der Senat dem Einfluß der politischen Parteien allzuviel entzogen werden könnte. Sie ist indessen gering in einem demokratischen Staate, in dem die Bürgerschaft die Macht in Händen hat und den Senat zu ihrem Verwaltungsausschuß machen kann. Außerdem bleiben ja noch Verwaltungszweige genug übrig, die nur allgemeine Kenntnisse und Befähigung für Verwaltung erfordern, die also durch politische Volksvertreter besetzt werden können. Diese sowie Juristen sind notwendig, um die allgemeine politische und wirtschaftliche Leitung des Senates zu sichern. In diese Posten kann man weitsichtige Partei- und Gewerkschaftsführer sowie Großkaufleute und Industrielle hineinwählen. Sie werden mit ihrem offenen Blicke Gefahren begegnen; die durch die Wahl von nur Fachleuten in jeder politischen Körperschaft entstehen. Diese politischen Senatoren könnten teilweise ihr Amt neben ihrem bisherigen Beruf weiterführen. Deshalb müßte der Artikel 12, der von dem Nebenerwerb der Senatoren handelt, sich nicht nur auf den kaufmännischen Erwerb beschränken, sondern weitergefaßt werden.

Auf diese Weise glaube ich, wird Lübecks Verwaltung billiger, praktischer und zukunftsfördernder eingerichtet werden, als durch den jetzigen, dem Alten zu sehr angepaßten Entwurf. An der Spitze meiner Forderungen steht die Abschaffung des besonderen Bürgerrechtes. In ihm liegt der Grund zur Kirchturmspolitik. Glauben einige, ihn beibehalten zu müssen, weil der Eintritt in manche Institution, z. B. in die Kaufmannschaft oder das Recht auf Genuß von Stiftungen, mit ihm verbunden ist, so sollte man eben fordern, daß diese Einrichtungen auch weitherziger werden und ihre Pforten auch solchen Reichsangehörigen öffnen, die hier ihren dauernden Wohnsitz haben, ohne Lübecks Staatsangehöriger oder Bürger zu sein.

Am Ende schadet es nicht, wenn die Verfassungsberatung noch eine Weile dauert. Erzbergers Steuerreform bricht den Einzelländern das finanzielle Rückgrat. Die preußischen Mehrheitsparteien verlangen den Aufschub der Verfassungsvorlage, weil sie den Einheitsstaat für notwendig halten. Die deutsche Einheitsrepublik ist auf dem Marsch. Sie kommt vielleicht eher, als mancher Lübecker Bürger es gedacht.

Deutsche Nationalversammlung.

133. Sitzung.

Berlin, 18. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wegen Abwendung der drohenden Wirtschaftskatastrophe infolge der verfehlten Wirtschafts- und Steuerpolitik, durch die weite Volkskreise bei der Preissteigerung sich bald nicht mehr ernähren und bekleiden können, sowie wegen Beseitigung der Mißstände durch die planlose Ausfuhr und Einfuhr.

Auf die Frage des Präsidenten erklärte Minister Erzberger, daß die Regierung bereit sei, beide Interpellationen morgen zu beantworten.

Trimborn (Z.) zur Geschäftsordnung: Ich bitte den Präsidenten, schon jetzt entscheiden zu lassen, ob die Interpellationen schon morgen herankommen sollen. Ueber die schwierigen Probleme der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage könnte man drei Wochen lang verhandeln. (Heiterkeit.) Mindestens sind einige Tage dazu nötig. Bei der Geschäftslage ist eine ruhige und sachliche Erörterung morgen unmöglich. Vielleicht knüpfen sich auch Anklagen über ein Mißtrauensvotum oder ein Vertrauensvotum für die Regierung daran. Die Beschlußfähigkeit wird morgen sehr zweifelhaft sein. (Andauernde lebhafte Zwischenrufe rechts.) Neulich haben die Herren entschieden, daß das Betriebsrätegesetz vor Weihnachten nicht mehr erledigt werden kann. Es macht deshalb einen eigentümlichen Eindruck, daß diese Interpellationen doch noch eingebracht worden sind.

Löbe (SD.): Ich bitte auch, sofort entscheiden zu lassen. Die Einbringung der Interpellation ist eine Tat der Illoyalität. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Interpellation ist eingebracht worden in dem Bewußtsein oder der Absicht, daß sie nicht mehr behandelt werden könne. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Diese Beschuldigungen sollen aber wochenlang aufrechterhalten und der Regierung die Möglichkeit der Beantwortung versperrt werden.

Dr. Pachnicke (DDP.): Wir dürfen die hier erhobenen Vorwürfe gegen die Politik der Regierung nicht unwidersprochen ins Land gehen lassen. Wir wollen der Regierung und den Parteien Gelegenheit geben, morgen schon in die Verhandlung der Interpellationen einzutreten. Ich stelle fest, daß von den Unterzeichnern der Interpellation nur 20 im Hause sind. (Hört, hört! links.)

Schultz-Bromberg (DNP.): Schuld an der Sachlage haben die Mehrheitsparteien, die die Geschäfte führen. Wir haben von einigen der wenigen schmalen Rechte der Opposition Gebrauch gemacht, in dem wir die Interpellation einbrachten.

Dr. Heinze (DVP.): Auch ich muß mich gegen den Vorwurf der Illoyalität entschieden wehren. Es wurde gesagt, wir hätten die Interpellation schon im Hintergrund gehabt. Nein, sie ist hervorgegangen aus der gewaltigen Aufregung, die in den letzten Tagen im Volke über die Politik der Mehrheitsparteien entstanden ist. Wir haben die Interpellation nur aus Pflichtbewußtsein eingebracht. (Lachen links.) Die Regierung hat erklärt, daß sie zur Beantwortung morgen bereit ist. Damit sind wir einverstanden.

Löbe (SD.): Ich habe keinen Anlaß, den Vorwurf der Illoyalität zurückzunehmen.

Licht (Z.): Die Mitglieder der bayerischen Volkspartei haben in den nächsten Tagen einen Parteitag, müssen also abreisen, und zwar heute abend.

Bei der Abstimmung ergibt sich eine Mehrheit dafür, daß die Interpellation morgen verhandelt werden soll.

Die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Braß (USP.) wegen Beleidigung wird verweigert.

Es folgt die erste Beratung des

Gesetzentwurfes gegen das Glücksspiel.

Minister Schiffer begründet den Entwurf: Die Not der Zeit erfordere ein schnelles und scharfes Eingreifen.

Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Der Notenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und das am 22. September in Versailles unterzeichnete Protokoll über Art. 61 der Verfassung wird in allen drei Lesungen erledigt.

Das Gesetz, betreffend Sozialisierung der Elektrizität, wird in dritter Lesung angenommen. Ein Nachtrag zum Etat für 1919 ebenso in allen drei Lesungen.

Es folgt die dritte Beratung des Umsatzsteuergesetzes. Das Gesetz wird ohne längere Debatten unter Ablehnung einer Reihe von Anträgen der Rechten angenommen, nachdem noch Abgeordneter Wetzlich (DNV.) erklärt hat, daß angesichts der Annahme dieses Gesetzes seine Partei die Verantwortung für seine Folgen ablehne.

Darauf verliest Präsident Fehrenbach folgende

Kundgebung für unsere Gefangenen.

„Alle Parteien des Hauses sind darin einig, daß wir nicht in die Ferien gehen wollen, ohne Kundgebung für unsere Gefangenen. (Alle Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) Die Nationalversammlung nimmt mit tiefem Schmerz Kenntnis davon, daß fast eine halbe Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft harrt. Der größte Teil wird in Frankreich zurückgehalten, aber auch England hat noch nicht alle herausgegeben. Deutschland hat alle seine Gefangenen zurückgegeben, die zurückgebliebenen Russen nur nicht, weil es unmöglich war. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen sowie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt zu Weihnachten in besonders tiefer Sehnsucht ihrer fernen Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen mit heißem Dank für ihre bisherige Tätigkeit, und sie wendet sich an die Frauen und Männer in den bisher feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, daß sie heute ihre Stimme erheben zu dem Rufe: „Gebet den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter, den gebeugten Eltern ihre Söhne wieder." (Bravo!)

Das Wort zu dieser Kundgebung wird nicht gewünscht. Sie haben sich zu Ehren unserer Gefangenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen und stelle die einmütige Annahme dieser Entschließung durch die Nationalversammlung fest. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 19. Dezember, vorm. 10 Uhr zur Beratung der Interpellation Arnstadt und Genossen.

Dem Frieden entgegen!

Die „Morning Post" erklärt, daß es jetzt so gut wie sicher sei, daß der Friedensvertrag von Versailles am 1. Januar 1920 ratifiziert sein wird und der Völkerbund infolgedessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerbundes werde vermutlich am 7. oder 8. Januar in Paris zusammentreten. England würde durch Lord Curzon vertreten sein. Der Rat werde sich nächst der Saarfrage mit der Ernennung eines Oberkommissars für Danzig befassen und wird wahrscheinlich Reginald Tower bestätigen.

Der Frieden ein Todesurteil für Millionen.

Unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens" ist, wie die „Frankfurter Zeitung" schreibt, bei Mac Millan in London ein Buch erschienen, in dem der Verfasser, J. Maynard Keynes, vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers aus darlegt, daß die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages unheilvoll für Europa und die Welt sein müßten. Keynes nennt den Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form ein Todesurteil für Millionen von Menschen, eine Greuelat, vor der alle Kriegsgreuel verblassen. Er fordert die Revision des Vertrages,

eine internationale Lösung der europäischen Finanzfragen, die Aufhebung aller Blockaden, Friedensschluß mit Rußland, Wiederbelebung der deutschen Industrie, von der die Wiederbelebung des größten Teiles von Europa abhänge und wirtschaftliche Reorganisation Rußlands durch Deutschland.

Way-Fairer bezeichnet das Buch in der „Nation" als einen „Donnerschlag" und den ersten scharfen Schuß, den die Intellektuellen in ihrem Kriege gegen die Staasmänner abgegeben hätten.

Eine Einigung nicht unmöglich.

Deutschland liefert 180 000 Tonnen aus.

Die Sachverständigen der alliierten Großmächte und Deutschlands, die in Paris mit der Frage der Lieferung von Hafenmaterial beschäftigt sind, hielten Donnerstag keine Sitzung ab. Den Pariser Morgenblättern zufolge läßt **der Stand der Verhandlungen eine Einigung erwarten.** Das „Journal" sagt, die Entscheidung hänge jetzt hauptsächlich von der Meinung der Engländer ab, da sie die Frage hauptsächlich interessiere, weil der größte Teil dieser neuen Beute ihnen zugesprochen werden muß. **Deutschland bewies, daß es im besten Falle imstande sei, 180 000 Tonnen Hafenmaterial abzuliefern und schlug vor, noch 50 000 Tonnen neues Hafenmaterial zu bauen.** Der „Matin" erklärt, die deutsche Statistik wurde von den interalliierten Sachverständigen angezweifelt; die Deutschen waren aber in der Lage, überzeugende Beweise zu bringen, daß ihre Behauptungen in betreff des verfügbaren Hafenmaterials den Tatsachen entsprechen. Unter diesen Umständen zeigten sich die alliierten Sachverständigen geneigt, den Vorschlag der deutschen Regierung, die Lieferung des Hafenmaterials um die Hälfte zu ermäßigen, anzunehmen. Das sei aber nur der Beginn einer Einigung. Es handle sich jetzt darum, die Kompensationen zu bestimmen, die Deutschland noch darüber hinaus liefern müsse.

Der „Petit Parisien" sagt, die deutschen Sachverständigen erklärten auch, Deutschland könne die leichten Kreuzer nicht entbehren, da es sie zur Küstenbewachung nötig habe. Sie boten dafür im Bau befindliche große Kriegsschiffe an; aber dieser Vorschlag werde jedenfalls nicht angenommen werden. Der Gang der Verhandlungen zeige jedoch, daß eine Einigung in der einen oder anderen Form nicht unmöglich ist.

Der amerikanische Senat vor dem Kompromiß.

Nach einer Meldung holländischer Blätter aus Washington wurde vom Senat eine zur Hälfte aus Republikanern und zur anderen Hälfte aus Demokraten bestehende nicht offizielle Kommission gebildet, die das Kompromiß über den Friedensvertrag vorbereiten soll. Entweder Lodge oder Hitchcock werden in dieser Kommission vertreten sein. Ihre Mitglieder hoffen nunmehr einen Entwurf für ein Kompromiß zustande zu bringen und für die Vorbehalte, die für beide Parteien annehmbar sind. Die meisten Demokraten sind für ein Kompromiß. Der Demokrat Underwood, ein Konkurrent Hitchcocks in der Führung der Partei, erklärte sich zugunsten der Ratifikation, selbst wenn es nötig sein sollte, den Völkerbundvertrag aus dem Friedensvertrag zu streichen. **Man müsse Frieden haben, sonst stehe es für den Handel Amerikas schlecht.** Man müsse gemäßigte Vorbehalte suchen und dürfe die Vorbehalte Lodges nicht annehmen. **Das ganze Land fordere immer dringender die Ratifikation.** Underwood hat einen Plan ausgearbeitet, wodurch es, wie er hofft, möglich sein wird, noch vor Weihnachten zu ratifizieren.

Ellen Key für die Gefangenen.

Die schwedische Schriftstellerin Ellen Key sagt in einem Artikel über die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen: Es sind sich alle Deutschen einig und jeder Neutrale muß mit ihnen dahin einig sein, daß die nach dem Waffenstillstand fortgesetzte Hungerblockade gegen die Mittelmächte eine Sünde war, und daß jetzt gegen die zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen gesündigt wird. Die erste Maßnahme hat Hunderttausenden von Frauen und Kindern das Leben gekostet, letztere wurde französischerseits mit dem Wiederaufbau, ja sogar mit der Auslieferung der Kriegsschuldigen in Verbindung gebracht. **Aber solange niemand davon spricht, die französischen Revancheanhänger und englischen Imperialisten zu strafen, die ihrerseits nicht nur an dem Kriegsausbruch, sondern vor allem an dem Bündnis mit Rußland und an der Aufreizung der eigenen Länder Anteil haben, ist diese Forderung nur ein Racheakt.**

Vor einem serbisch-italienischen Kriege?

Die „Agence Central" meldet das Anrücken von serbischen Truppen in Stärke von beinahe zwei Armeekorps gegen Dalmatien, Italien und Nordalbien. Die Truppen seien in voller Kriegsbereitschaft.

Die Lage in Sowjetrußland.

Ein neutraler Reisender, der dieser Tage aus Zentralrußland in Kopenhagen eintraf, berichtete, daß **die Stellung der Sowjetregierung durch die Haltung der Entente im Bewußtsein der Oeffentlichkeit gestärkt** worden sei. Vor allem mache bei den Bauern die Ansicht, die Entente wolle die alten Bodenverhältnisse wieder herstellen. In ganz Süd- und Zentralrußland arbeiten englische und amerikanische Handels-Kommissionen eifrig an der Erforschung der Verhältnisse und ebnen den Boden für den planmäßigen Aufkauf russischer Betriebs- und Rohstoffzentren. Der Reisende, der ausführlich mit Trotzky gesprochen hat, glaubt, **eine starke Schwenkung in dem Sozialisierungskurs der Sowjetregierung** zugunsten gemäßigter Anschauungen feststellen zu können. Ferner ist er der Ansicht, daß die **föderative Idee unter der russischen Bevölkerung nicht unpopulär** sei, solange die Randstaaten nicht einem deutsch-russischen Handelsverkehr Schwierigkeiten in den Weg legten. Auch das Verhältnis Estlands zu Moskau habe sich gebessert. Man sei in Moskau gegen einen allzu großen Landerwerb Polens auf den Gebieten der früheren deutschen Grenzen, weil man aus der hieraus folgenden Spannung zwischen Polen und Deutschland für den Transitverkehr via Polen Befürchtungen hege. **Zeichen für einen bald bevorstehenden Umsturz in Rußland hat der Gewährsmann nirgends bemerkt, wenn schon Bürgertum und Reaktion täglich an der Arbeit seien.**

Die politische Lage in der Türkei.

Die Stellung des Kabinetts Ali-Riza scheint neuerdings, wie das Nachrichtenbureau „Dena" meldet, nicht mehr so fest zu sein, wie die Entente glauben machen möchte. Die nationalistische Bewegung hat sich ganz bedeutend ausgebreitet und die Männer des „Bundes für Einheit und Fortschritt" triumphieren auf der ganzen Linie. Inzwischen hat die hohe Pforte neuerdings eine Botschaft an Clemenceau gesandt, um endlich die Friedensbedingungen zu erfahren, damit dem unsicheren Zustande ein Ende gemacht wird, der nun bereits über ein Jahr lang in Anatolien herrscht. Die Vertreter der alliierten Großmächte haben von dieser Botschaft eine Abschrift erhalten. Man gibt sich jedoch in türkischen Regierungskreisen nicht der Hoffnung hin, daß Clemenceau schnell antworten wird. Die Kommissionen und Unterkommissionen arbeiten mit Anspannung aller Kräfte an Bergen von statistischem Material, das dem Obersten Rat vorgelegt werden soll. Mustapha Kemal Pascha arbeitet darauf hin, daß sich unter den Unterhändlern in erster Linie auch solche befinden, die das Vertrauen der anatolischen Bevölkerung genießen. Besonders protestiert er dagegen, daß nur Türken und Moslemin nach Paris gehen. Als alle Einsprachen seinerseits nichts nützten, drohte er mit dem „Dschihad", dem „Heiligen Krieg". Wegen dieser Haltung Mustapha Kemal Paschas haben die Alliierten sofort heftige Protestnoten an die Pforte gerichtet. Die Antwort der türkischen Regierung steht noch aus, doch hat sie sofort verschiedene Botschaften an Kemal gesandt, der sich in Sivas aufhält. Zwei Kuriere haben sich mit besonderen Instruktionen in die Provinz begeben. Wahrscheinlich werden diese Schritte keinen Erfolg haben, aber sie sind die letzte Zuflucht der Pforte. **Im Inlande ziehen sich zweifelhafte Wolken zusammen, die über kurz oder lang zu einem schweren Gewitter führen können.** Dazu greift die Pest mehr und mehr um sich. Die beschlossenen Gegenmaßregeln sind bislang unausgeführt geblieben. Die Stadtbehörden von Konstantinopel haben sich dringend an den Finanzminister gewandt, haben aber die Antwort erhalten, daß die Staatsschatullen leer sind. Von 50 000 türkischen Pfund wurde etwa der zehnte Teil ausgezahlt, diese Summe reicht natürlich nicht einmal für das Allernotwendigste. In den Straßen Konstantinopels liegen große Kehrichthaufen, die sich schon seit Kriegsende angesammelt haben und die natürlich zur Verbreitung der Seuche nur beitragen. Bis jetzt sind etwa 650 Pestfälle vorgekommen. Vom Gesundheitsdienst der Alliierten wird sehr wenig Gebrauch gemacht, da die Bevölkerung ein Vorurteil dagegen hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sparsamkeit auf den Pfennig.

Im Aeltestenausschuß der Preußischen Landesversammlung war angeregt worden, dem Präsidenten 20 000 Mark Repräsentationsgelder zu bewilligen. Die Anregung wurde von allen Parteien beifällig aufgenommen. Aber tags darauf erklärten die Deutschnationalen, sie müßten gegen diese Forderung stimmen, weil bei der gegenwärtigen Notlage des Landes jeder Pfennig gespart werden müsse. Die „Unabhängigen" schlossen sich diesem Einspruch an, und da die Mehrheitsparteien keinen Streit um diesen Gegenstand wünschten, sahen sie von der Einbringung des genannten Antrages ab.

Nun war aber im Seniorenkonvent auch die Anregung gegeben worden, den letzten Präsidenten des alten Abgeordnetenhauses, Grafen Schwerin-Löwitz, wie alle früheren Präsidenten für das Abgeordnetenhaus malen zu lassen. Mit Rücksicht auf die Notlage des Landes, bei der kein Pfennig unnütz ausgegeben werden dürfte, haben sich Mittwoch die Sozialdemokraten veranlaßt gesehen, den anderen Parteien mitzuteilen, daß sie diese auf etwa 12 000 Mark zu bemessende Ausgabe nicht bewilligen könnten.

Uns scheint dieses Vorgehen sehr richtig. Was dem lebenden Präsidenten billig ist, muß dem toten Präsidenten recht sein.

Abbau der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Als erste der großen Reichsstellen für Lebensmittel ist, wie die „P. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, die Reichsstelle für Gemüse und Obst in schleunigem Abbau begriffen. Zum 1. Januar 1920 wird die Geschäftsabteilung der Reichsstelle in Liquidation treten. Die laufenden Gemüselieferungsverträge werden hierdurch nicht berührt, müssen vielmehr auch fernerhin von Anbauern und Erwerbern vollinhaltlich erfüllt werden. Die Rechte, welche die Geschäftsabteilung der Reichsstelle auf Grund von Verordnungen ausübt, werden durch eine demnächst erscheinende Verordnung des Reichswirtschaftsministers teilweise neu geregelt werden. Die Verwaltungsabteilung der Reichsstelle wird bis auf weiteres noch fortbestehen.

Für ein verbessertes Reichsauswanderungsgesetz.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Quark brachte in der Nationalversammlung folgenden Antrag ein: Seit Ende des Krieges sind in Deutschland Auswanderungsagenturen, oft sehr zweifelhaften Charakters, wie Pilze aus der Erde geschossen und vermehren sich fortgesetzt in der ungesundesten Weise. Andererseits bedürfen die soliden Auswanderungsvereine und gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaften für das Ausland der Unterstützung durch Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder. Das außerordentlich segensreich wirkende Reichsauswanderungsamt mit seinem Beirat kann sich nicht so voll auswirken, wenn es nicht endlich Handhaben für seine Tätigkeit durch ein verbessertes und den ganzen veränderten Verhältnissen angepaßtes Reichsauswanderungsgesetz erhält, das seit Monaten langwierigen Beratungen des Reichsamtes des Innern unterliegt. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die beschleunigte Fertigstellung des Gesetzes und seine Vorberatung durch den Beirat des Reichsauswanderungsamtes in kürzester Frist zu bewirken?

Der Stahlwerksverband gegen Adolf Braun.

Genosse Adolf Braun schreibt dem „Vorwärts": Durch die Blätter geht eine Erklärung des Stahlwerksverbandes gegen meine in der Nationalversammlung am 10. d. M. vorgetragene Kritik seiner Geschäfte, ohne daß auf irgendeine meiner Behauptungen eingegangen wird. Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung wird sich in seinen verschiedenen Abteilungen mit der Wirksamkeit des Stahlwerksverbandes vor und während des Krieges befassen und aus diesem Anlaß den maßgebenden Leitern des Stahlwerksverbandes Gelegenheit geben, zu meinen wohlerwogenen Bemerkungen Stellung zu nehmen. Da der Untersuchungsausschuß aber auch vom Stahlwerksverband unabhängige Zeugen und Sachverständige vorladen wird, dürfte das deutsche Volk bald Gelegenheit haben, zu entscheiden, ob das Schuldkonto des Stahlwerksverbandes an dem Unglück des deutschen Volkes nicht noch weit mehr belastet ist, als es auf Grund meiner Rede vom 10. d. M. erscheint. Dann wird die öffentliche Meinung in Deutschland feststellen können, welchen Anteil der Stahlwerksverband an Sieg und Niederlage im Weltkrieg gehabt hat.

Ein Enttäuschter.

Der Schriftsteller S. Nestriepke, der früher mit Breitscheid die demokratische Vereinigung geführt hat, trat nach der Reichstagswahl von 1919 mit Breitscheid der sozialdemokratischen Partei bei. Bei der Spaltung ging er mit Breitscheid zu den „Unabhängigen". Seit einiger Zeit hat er sich mit Eduard Bernstein sehr stark, aber erfolglos für die Einigung der beiden Parteien eingesetzt. Nach dem Leipziger Parteitag scheint er eingesehen zu haben, daß für einen demokratischen Sozialisten in der Unabhängigen Partei kein Raum ist. Nestriepke hat seinen Austritt aus der „unabhängigen" Partei erklärt.

Das neue Glücksspielgesetz.

Das am Donnerstag von der Nationalversammlung angenommene Gesetz gegen das Glücksspiel ersetzt den bisherigen § 284 des Strafgesetzbuches durch folgende Bestimmungen: Wer ohne behördliche Erlaubnis öffentlich Glücksspiele veranstaltet oder hält oder Einrichtungen hierzu bereitstellt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis 100 000 Mk. oder mit Geldstrafe bis zu dem gleichen Betrag bestraft. Als öffentlich veranstaltet gelten auch Glücksspiele in Vereinen oder geschlossenen Gesellschaften, in denen Glücksspiele gewohnheitsmäßig veranstaltet werden.

Der Proteststreik der Gastwirte.

Zur Schließung der Küchenbetriebe der Gastwirtschaften usw. in Berlin auf zwei Tage ist noch mitzuteilen, daß die Bahnhofswirtschaften zwar geöffnet sind, aber an Reisende nur Kaffee abgeben. Für die Sitzung der Nationalversammlung waren von der Volksküche ungefähr 300 Gedecke bereitgestellt. Von den Fremden in den Hotels sollen mehrere zum Mittagessen nach Potsdam und noch weiter gefahren sein.

Die Dresdener Gastwirte beschlossen, sämtliche Betriebe, auch die Hotels, am 1. Januar einzustellen, wenn die Anwendung der neuen Wuchergerichte auch auf die Gastwirte nicht mit Jahresende aufgehoben wird.

Kleine politische Nachrichten.

Das lettische und litauische Gebiet ist seit dem 16. Dezember vormittags vollkommen von allen Teilen der ehemaligen westrussischen Armee geräumt. In Deutschland sind jetzt ungefähr 8000 Russen untergebracht, die zu den russischen Nordwestarmeen in irgendwelchen Beziehungen standen. Sie müssen gewissermaßen als Internierte betrachtet werden, die bei passender Gelegenheit einzeln oder in Gruppen aus Deutschland abgeschoben werden.

Dänemark.

Erweiterung der Frauenrechte.

Im Folkething wurde Donnerstag der Gesetzesvorschlag, der den Frauen Zugang zu staatlichen Stellungen erteilt, mit 73 gegen 15 Stimmen angenommen. Das Gesetz gestattet auch die Besetzung von Priesterstellen durch Frauen.

Auf dem Wege zur Demokratisierung der Fabrik.

Wie „Politiken" erfährt, ersuchte Mittwoch Ministerpräsident Zahle die Arbeiterverbände und die Arbeitgebervereinigungen in einem Schreiben, Verhandlungen einzuleiten zum Abschluß eines freiwilligen Abkommens, wodurch den Arbeitern Beteiligung an der Leitung und am Gewinn der Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, zugesichert wird. Ministerpräsident Zahle schlägt vor, daß für die vorläufigen Verhandlungen von jeder Seite drei Vertreter gewählt werden.

Oesterreich.

Der Achtstundentag marschiert.

Die österreichische Nationalversammlung nahm eine Vorlage über den achtstündigen Arbeitstag an, die das bisher vorläufige Gesetz unter Erweiterung des Anwendungsgebietes des Achtstundentages auf alle gewerblichen Betriebe ersetzt.

Italien.

Die Sozialisten fordern den Achtstundentag.

Die sozialistische Kammergruppe brachte einen Antrag ein, worin die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich den von Turati vorgeschlagenen Gesetzentwurf über die Anwendung des Achtstundentages in den staatlichen Betrieben und dessen Ausdehnung auf die Privatbetriebe, besonders solche, in denen Frauen beschäftigt sind, einzubringen.

Frankreich.

Gründung einer nationalen Arbeiterpartei.

Die Gründung einer Arbeiterpartei, deren Aufgabe es sein soll, auf nationaler Grundlage die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, ist Mittwoch in Paris beschlossen worden. Die Gründer sind die rechtsstehenden sozialistischen Abgeordneten, die sich von den unifizierten Sozialisten bei den letzten Kammerwahlen trennten. Es sollen aber auch einige unifizierte Sozialisten an der Gründung teilgenommen haben, deren endgültige Entschließung noch aussteht. Als Führer der neuen Partei werden u. a. Rozier und Brunet genannt.

Deschanel Kammerpräsident.

Deschanel wurde mit 475 von 506 Stimmen zum Präsidenten der Kammer gewählt.

England.

Henderson gegen das englisch-französische Bündnis.

Nach einer Meldung des Pariser „Journal" aus London sprach sich Henderson gegen die französisch-englische Allianz aus. Frankreich habe ausreichenden Schutz unter anderer Form dadurch empfangen, daß die Rheinlande während 15 Jahre besetzt und neutralisiert würden. Außerdem sei Deutschland entwaffnet. Fankreich dagegen behalte die allgemeine Wehrpflicht und nehme dank der allgemeinen Wehrpflicht in Europa eine vorherrschende Stellung ein.

China.

Sechs Forderungen Chinas.

Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" zufolge meldet die „Exchange Telegraph Company" aus Tokio, daß China wegen der Zwischenfälle in Futschau sechs Forderungen gegen Japan stellte, nämlich: den japanischen Konsul in Futschau abzubrenfen, sich wegen Ermordung chinesischer Studenten zu entschuldigen, den Angehörigen der Toten und Verwundeten Schadenvergütung zu bezahlen, die Täter zu bestrafen, den japanischen Kaufleuten zu verbieten, Waffen zu tragen, und den Oberkommissar der Polizei zu Futschau zu bestrafen. Da die japanischen Behörden versichern, daß die Schwierigkeiten nur durch die Boykottierung der japanischen Waren durch die chinesischen Studenten entstanden sind, besteht wenig Aussicht, daß Japan diesen Forderungen zustimmen wird.

Vereinigte Staaten.

Er macht nicht mehr mit.

Der Staatssekretär des Innern, Lane, ist zurückgetreten. Er ist mit der Politik des Präsidenten unzufrieden, besonders in Kohlenbergbau- und Arbeiterfragen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 19. Dezember.

Einigung im Handelsgewerbe.

Die Verhandlungskommission der Handelsangestellten erstattete am Donnerstag abend in einer stark besuchten Versammlung, die im „Kolosseum" stattfand, Bericht über die geführten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Zu einem Schiedsspruche des angerufenen Schlichtungsausschusses ist es nicht gekommen, sondern man hat sich nach längeren Verhandlungen mit den Arbeitgebern direkt geeinigt. Folgende Gehaltssätze wurden vereinbart: Vom 18. Lebensjahr 300 Mk., vom 19. 330 Mk., vom 20. 360 Mk., vom 21. 390 Mk., vom 22. 420 Mk., vom 23., 24. und 25. 450 Mk. und nach vollendetem 26. Lebensjahr 500 Mk. Verheiratete erhalten eine Zulage von 50 Mk. Für weibliche Angestellte ist das Gehalt um 10 Prozent niedriger.

Eine Wirtschaftsbeihilfe lehnten die Arbeitgeber auch in der Verhandlung vom Donnerstag wiederum ab. Da aber die Arbeitnehmervertreter entschieden auf diese Forderung bestanden, so willigte man schließlich darin, daß der neue Tarif rückwirkende Kraft erlangte. Verheiratete erhalten die höheren Gehälter vom 1. Oktober ab nachgezahlt, während für Ledige die Nachzahlung vom 1. November erfolgt. Die später eingetretenen haben Anspruch auf den ihrer Beschäftigungsdauer entsprechenden Anteil. In der Lehrlingsfrage hat man sich auf eine Lehrzeit von 3 Jahren geeinigt. Schließlich haben die Arbeitgebervertreter auch der Gleichstellung aller Berufsgruppen in der Gehaltsfrage zugestimmt. Der Tarif soll für 3 Monate, bis zum 31. März 1920 Gültigkeit haben. Die Kommission empfahl der Versammlung die Annahme dieser Zugeständnisse. Zwar seien die Wünsche und Forderungen der Angestellten nicht alle erfüllt worden; immerhin aber wäre man einen guten Schritt vorwärts gekommen. Sache der Angestellten sei es, die Organisation weiter auszubauen und zu stärken, damit bei der nächsten Tarifverhandlung bessere Erfolge erzielt werden können. Die Angestelltenausschüsse müßten auch mehr als bisher darauf sehen, daß alle Angestellten tarifmäßig entlohnt würden. Nach längerer Aussprache, und nachdem man der Verhandlungskommission den Dank für ihre Arbeiten ausgesprochen hatte, wurden die Vereinbarungen einstimmig angenommen. Der neue Tarif bringt eine Gehaltsaufbesserung für die niedrigen Sätze von 50 Prozent, für die höheren etwa 25 Prozent.

*

Der Bürgerausschuß nahm in seiner Sitzung am Mittwoch den Bericht der Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage betreffend Teuerungszulage für Beamte und Angestellte, der in der vorigen Sitzung nicht ganz erledigt worden war, entgegen und genehmigte gutachtlich die Vorschläge des Berichts. Die Anträge der Kommission sind sehr umfangreich; wir kommen auf dieselben bei der Berichterstattung über die Bürgerschaftssitzung zurück. Bemerken wollen wir aber schon jetzt, daß die Erhöhung der Gehälter und die Erhöhung der Teuerungszulagen für Pensionäre und Hinterbliebene eine Belastung des Staatssäckels um ca. 4 Millionen Mark pro Jahr bedeutet. Der Bürgerausschuß genehmigte alsdann die Ausführung einer elektrischen Lichtanlage im Verwaltungsgebäude der Behörde in Travemünde, Kostenpunkt 550 Mk., sowie eine gleiche Anlage im Warmbadehause in Travemünde, Kosten 550 Mk. Für den Ausbau des nördlichen Teiles der Kerkringstraße wurden 4100 Mark bewilligt. — Die Mittel für Notstandsarbeiten zu verstärken, und zwar um 3 545 000 Mk., beantragte der Senat. Der Bürgerausschuß empfahl diesen Antrag bis auf eine Summe von 40 000 Mk., die für die Herrichtung des Industriegeländes am Dummersdorfer Ufer bestimmt waren, gutachtlich zur Genehmigung der Bürgerschaft. Es handelt sich in fast allen Fällen um Ueberschreitung der Kostenanschläge. — Der Friedhofsbehörde wurden 8 179,46 Mk. nachbewilligt. — Für 39 Mündel des gesetzlichen Beaufsichtigungsvormundes, die Ostern konfirmiert werden, werden dem Jugendamt auf Antrag 6000 Mark zur Verfügung gestellt. Eine längere Debatte entspann sich beim letzten Punkt der zur Verhandlung kam. Es handelte sich um den Bericht der Kommission betr. Erschließung von Siedelungsland. Die Anträge der Kommission wurden meistens gutachtlich genehmigt.

Eine weitere Einschränkung des Gasverbrauches. Infolge reichsbehördlich angeordneter, fast gänzlicher Einstellung der Kohlenzufuhren nach unserem Bezirk, wovon auch die Gaswerke in Lübeck betroffen sind, und weiter infolge unerwarteten Nachlassens der Gaslieferung vom Hochofenwerk muß die Gasabgabe weiter eingeschränkt werden. Vom 20. d. M. ab darf Gas nur entnommen werden in der Zeit von 6½ bis 7½ Uhr morgens, 12 bis 1½ Uhr mittags und 4½ Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Die Entnahme von Gas außerhalb der vorgenannten Zeiten ist streng verboten. Sie wird unnachsichtlich bestraft und zieht sofortige Gasabstellung nach sich.

Hohe Strafen bei Ueberschreitung der Gassperrzeiten. In der heutigen Ausgabe ist eine Bekanntmachung des Polizeiamtes erschienen, welche vor einer Gasentnahme während der Sperrzeiten warnt. Es muß auch an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine derartige Gasentnahme bei hoher Strafe und Entziehung des Gases verboten ist und unter allen Umständen unterbleiben muß. Wer verbotenerweise Gas entnimmt, fördert den vorzeitigen Verbrauch des noch spärlichen Kohlenvorrates. Durch ein derartiges Verhalten werden schwere Gefahren für unser Wirtschaftsleben heraufbeschworen, die abzuwenden jeder als seine ernstesste Pflicht betrachten sollte. Die Polizeiorgane sind angewiesen, die Befolgung der Vorschriften über die Gasentnahme streng zu überwachen. Da jeder Gasentnehmer Interesse daran hat, daß die Vorschriften beachtet werden, wird er gut tun, von ihm wahrgenommene Uebertretungen dem Polizeiamte anzuzeigen.

Die Schraube ohne Ende. Wie die „V. P. N." erfahren, hat der Reichswirtschaftsminister neue Preise für Kunsthonig und Marmelade genehmigt. Die Preise gehen wesentlich über die vorjährigen Preise hinaus, weil bei der geringen Zuckererzeugung auch Auslandszucker für die Herstellung der Ware in Anspruch genommen werden muß. Der Preis für das Pfund Marmelade stellt sich auf 3,24 Mk., der Preis für Kunsthonig auf 3,70 Mk. im Kleinhandel. — Es ist eine Lust, zu leben!

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Im Verwaltungsgebäude der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Lübeck fand Donnerstag die diesjährige ordentliche Versammlung des Ausschusses statt. In der Versammlung wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes für 1918 erstattet, die Jahresrechnung für 1918 abgenommen und der Voranschlag für 1920 festgestellt. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Tätigkeit der Landesversicherungsanstalt auf dem weitverzweigten Gebiete der Heilfürsorge trotz der durch den Krieg bedingten schwierigen Verhältnisse weiter ausgedehnt. Insbesondere weisen die Fürsorgestellen für Geschlechtskranke und die Hamburger Heilanstalten für Beinleiden eine außerordentliche Steigerung der Besuchsziffern auf. Dasselbe gilt von der umfassenden Fürsorge für Waisen und für tuberkulöse Kinder lebender Versicherter, für welche 1920 bereits eine Jahresaufwendung von mehr als 1½ Millionen Mark vorgesehen ist. Wie in den Vorjahren litt auch im Jahre 1918 die Unterbringung von Versicherten in Heilanstalten und Kurorten unter den herrschenden Ernährungsschwierigkeiten. Diese wurden in der Heilstätte Oderberg-Gebhardsheim noch besonders dadurch vermehrt, daß wiederholt Lebensmittel, darunter ein größerer Vorrat Speck infolge Einbruchs gestohlen worden sind. Unliebsame Erörterungen und häßliche Verdächtigungen gegen die Heilstättenverwaltung waren die Folge. Erst kürzlich ist es gelungen, die Einbrecher auf ihrem vierten Raubzuge in den Personen zweier früherer Wärter der Heilstätte zu ermitteln. Sie sind geständig, sämtliche Einbrüche verübt und dabei auch von der Schußwaffe ausgiebig Gebrauch gemacht zu haben. Auffällig erscheint die ganz bedeutende Steigerung der Renten im Jahre 1918 — von rund 5½ Millionen im Jahre 1917 auf rund 8 Millionen Mark. Diese außerordentliche Zunahme hat ihren Grund vor allem in den Rententeuerungszulagen, die ohne gleichzeitige Beitragserhöhung den Versicherungsanstalten seit dem 1. Februar 1918 auferlegt worden sind. Eine inzwischen eingetretene weitere Erhöhung dieser Rentenzulagen wird zur Folge haben, daß die Ausgaben für Renten im Jahre 1919 den Betrag von rund 10 Millionen und im Jahre 1920 voraussichtlich den Betrag von rund 14¾ Millionen erreichen. Hierdurch und bei der Steigerung aller sonstigen Ausgaben muß die Landesversicherungsanstalt in eine Notlage geraten, die dringend Abhilfe erfordert. Der Ausschuß hat einstimmig eine Resolution gefaßt, nach der von der Reichsregierung verlangt wird, eine Erhöhung der gesetzlichen Beiträge zur Invalidenversicherung sowie gleichzeitig eine Erhöhung der die Versicherung ausschließenden Verdienstgrenze und zwar auf 8000 Mark unverzüglich zu veranlassen und sobald es die Geschäftslage der gesetzgebenden Faktoren zuläßt, auch eine Zusammenlegung der Angestellten- mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in die Wege zu leiten. — Der Ausschuß wählte für das Jahr 1920 zum Vorsitzenden Kaufmann Kurt Schede aus Hamburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden Arbeitersekretär Mathias Güldenberg aus Hamburg, zu Beisitzern: stellvertretender Direktor des Norddeutschen Lloyd Johann Spötter aus Bremen, Buchdrucker Johann Körner aus Lübeck.

In einer Versammlung der Ost- und Westpreußen sprach Dr. Müller als Vertreter des Grenzschutzverbandes abstimmungsberechtigter Deutscher. Er setzte die Notwendigkeit auseinander, daß alle aus den Abstimmungsgebieten stammenden Ost- und Westpreußen sich nunmehr zusammenschließen müßten, um gemeinsam die Heimat durch Abstimmung davor zu bewahren, in die Hände der Polen oder anderer Ententefreunde zu fallen. Es gelte jetzt, den Abstimmungsberechtigten die Möglichkeit zu verschaffen, ihrer einstigen Heimat ihre Stimme am Stichtage zu geben. Dazu sei nötig, nicht allein das Reisegeld aufzubringen, die Kosten für das Zehrgeld, für Uebernachtung u. a., es müßte auch Ersatz des ausgefallenen Gewinns durch Arbeit, Urlaub der Beamten erwirkt und vor allem die nötigen Papiere besorgt werden. Zu diesem Zwecke sei ein Hilfsausschuß des Grenzschutzverbandes hier gebildet, um allen Ost- und Westpreußen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zunächst sei es nötig, die hier wohnenden Ost- und Westpreußen und deren Namen und Wohnort zu ermitteln. Einstimmig wurde die Gründung des Vereins beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Gastwirt Storch, Friedenstraße, einstimmig gewählt.

Stadttheater Lübeck. Wir weisen noch einmal auf den Vortrag Kapellmeister Mannstaedts hin über Wagners „Meistersinger", der am kommenden Sonntag vormittag 11 Uhr stattfindet. Nachmittags 3 Uhr wird im 2. Faust-Abonnement für Schulen und Volkshochschule das alte „Mysterienspiel Jedermann" in der Bearbeitung von Hugo Hofmannsthal gegeben. Abends wird „Troubadour" wiederholt. Am Dienstag, dem 23. Dezember wird neueinstudiert „Maria Stuart" gegeben. Diese Aufführung ist als Ehrenabend für einen Bürger unserer Stadt, Herrn Hofschauspieler a. D. Emil Blöß gedacht, der sein 25jähriges Bühnenjubiläum feiert. Der Jubilar spielt die Rolle des Shrewsbury.

Die Kriegsschreibstube und Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz hält die Geschäftsräume vom 20. bis 29. Dezember sowie auch am Silvestertage geschlossen.

* **Entwendeter Motor.** In vorletzter Nacht ist der Baufirma Ludwig Lange auf der Baustelle zu Siems ein 11 P/S elektrischer Gleichstrom-Motor mit der Fabriknummer 761319 gestohlen worden. Für die Herbeischaffung desselben ist eine Belohnung ausgesetzt.

Das gestohlene Schwein gerettet. Ermittelt und festgenommen sind zwei in der Buseksfstraße wohnhafte Arbeiter, die in der Nacht zum 17. ds. Mts. einem in der Elswigstraße wohnhaften Maurer ein Schwein aus dem Stalle gestohlen und am Tatorte geschlachtet hatten. Das Schwein konnte bei den Dieben fertig zerlegt vorgefunden und dem Eigentümer wieder ausgehändigt werden.

Ein elektrischer Motor gestohlen. In der Nacht zum Donnerstag ist von dem Industriegelände bei der Herrenbrücke ein elektrischer Motor Nr. 761319 gestohlen worden. Der 5 bis 6 Zentner schwere Motor ist 11 P. S. stark, auf 220 Volt eingerichtet, hat 44,4 Atmosphären und macht 1440 Umdrehungen in der Minute. Der Bestohlene sichert für die Wiederherbeischaffung des Motors eine Belohnung von 1000 Mark zu.

Wer ist der Eigentümer? Am 16. ds. Mts. wurde ein Seemann dabei betroffen, als er eine zwanzig Meter lange Manilatrosse trug, wahrscheinlich um die Trosse, die er gestohlen haben dürfte, zu verkaufen. Als er an die St. Gertrudwache sistiert werden sollte, ergriff er unter Zurücklassung der Trosse die Flucht und entkam. Der rechtmäßige Eigentümer der Trosse wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Von Hühnerdieben heimgesucht. In der Nacht zum Donnerstag sind von einem Grundstück an der Travemünder Landstraße 14 Hühner und 5 Hähne gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Der Bestohlene sichert für die Ermittelung des Täters eine Belohnung von 100 Mk. zu. Die Täter haben auch versucht, das dort im Stall befindliche Schwein zu schlachten, doch ist ihnen letzteres nicht gelungen. Durch einen schweren Halsschnitt verletzt, wurde das Schwein am nächsten Morgen im Stalle vorgefunden.

Festgenommen wurde ein in der Lilienstraße wohnhafter Handlungsgehilfe aus Heilshop b. Altona, der im dringenden Verdachte steht, aus einer Kammer der Bahnhofskaserne eine große Menge Kopfpolsterbezüge und Strohsäcke gestohlen zu haben. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden zwei Schachteln Federn, 1 Dutzend Bleistifte, 1 Dutzend Tintenstifte, 6 Pakete Zahnpasta Marke Kaliklora, 2 Paar Hosenträger und 10 Rollen Zwirn in Sternform aufgewickelt vorgefunden. Da der Festgenommene über die Herkunft dieser Sachen widersprechende Angaben macht, steht zu erwarten, daß auch diese von einem Diebstahl herrühren.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Der Jugendverein veranstaltet am Sonntag abend 7 Uhr einen bunten Abend, wozu die Eltern und Konfirmanden eingeladen sind. Die Eltern können sich hier über die Bedeutung der Zusammenkünfte der Jugend unterrichten. Eintritt wird nicht erhoben.

Hamburg. Bevorstehende Aufhebung des Belagerungszustandes. Nach einer Besprechung der Hamburger Genossen mit dem Reichswehrminister Noske steht die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Hamburg in den nächsten Tagen bevor.

Hamburg. Festnahme eines Mörders. Eine aus Ratzeburg gebürtige Frau machte in der Nacht zum Donnerstag im Hauptbahnhof einen Polizeibeamten darauf aufmerksam, daß ein Mann, der Schlosser Jessen, der im Begriff stand, mit seiner Braut nach Lübeck zu fahren, wegen eines von ihm begangenen Mordes verfolgt werde. Der Beamte bemächtigte sich des Paares und stellte nunmehr fest, daß der Reisende tatsächlich der Gesuchte war. J. hat am 7. Juni in Ratzeburg seine Frau mit einem Seitengewehr mißhandelt und sie aus dem Fenster geworfen. Da es sich nicht feststellen ließ, ob Mord oder Selbstmord vorlag, mußte Jessen freigelassen werden. Nachdem durch die Leichenöffnung der gewaltsame Tod der Frau festgestellt worden war, erließ die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen den inzwischen abgereisten Jessen, der durch die Verhaftung des Mörders jetzt seine Erledigung gefunden hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Jessen, der sich mit auf den Namen Ehlers lautenden Ausweispapieren in Hadersleben aufgehalten hat, auch für einen dort verübten Mord in Frage kommt.

Alt-Rahlstedt. Unglücksfall oder Verbrechen? Donnerstag morgen wurden die Fahrgäste der um 5,4 Uhr früh Wohldorf verlassenden Kleinbahn durch einen tragischen Vorfall in nicht geringe Aufregung versetzt. Kurz vor Volksdorf, eben hinter der Haltestelle „Bergstedter Landweg", erschütterte zweimal ein harter Stoß den elektrischen Wagen. Man glaubte über einen Ast oder Schwelle gefahren zu sein. Der Führer mußte, seiner Vorsicht folgend, zurückfahren. Hier bot sich ein schrecklicher Anblick. Auf dem abfallenden Bahndamm lag die Leiche einer weiblichen Person. Der Körper, der sich dicht neben der Schiene außerhalb des Gleises befand, wies eine klaffende Halswunde auf. Der Befund ließ auf eine Vergewaltigung des etwa zwanzigjährigen Mädchens schließen. Der Führer glaubte eine Einwohnerin aus Meiendorf in der Verunglückten zu erkennen. Das Nähere wird die Untersuchung ergeben.

Kiel. Ein schwerer Unfall trug sich Mittwoch abend bei Kap Horn zu. Dort fuhr ein Landwagen gegen einen Straßenbahnwagen an. Die beiden Insassen des Wagens, der Kaufmann Moltzen aus Kronshagen und seine Frau, wurden vom Wagen geschleudert. Frau M. wurde hierbei getötet, M. trug innere Verletzungen davon. Er wurde dem Krankenhause und die Leiche seiner Frau dem Pathologischen Institute zugeführt.

Schleswig. Ohne Gas ist seit Sonntag wieder einmal die Stadt Schleswig. Da vorläufig nicht die geringste Aussicht besteht, daß Kohlen angerollt werden, wird mit einer länger andauernden Stillegung des Gaswerks gerechnet.

Heide. Ein interessantes Wahlergebnis. Die Kirchengemeindevertreterwahl in Heide bot eine große Ueberraschung; statt der ausgeschiedenen sieben bürgerlichen Vertreter wurden sechs Mehrheitssozialisten und ein „Unabhängiger" mit 117 von 148 abgegebenen Stimmen gewählt.

Wilhelmshaven. Die Explosion des Munitionsdepots in Marienfiel hat nach den bisherigen Feststellungen 30 Tote und 37 Schwerverletzte gefordert. Explodiert sind 40 000 15-Zentimeter-Granaten. Der oldenburgische Landtag wird in seiner heutigen Sitzung zur ersten Linderung der Not 300 000 Mark bewilligen. Infolge der Explosion haben die Munitionsarbeiter ein Gesuch an den Reichspräsidenten gerichtet, bei Ausführung von Munitionsarbeiten wieder die militärische Aufsicht einzuführen.

Lüneburg. Ein Opfer der Gassperre ist hier der Stadtbaurat Kamps geworden, der in seinem Arbeitszimmer neben dem Gasofen tot aufgefunden wurde. K. hat sich besonders um die Erhaltung der heimischen Baudenkmäler und deren zeitgemäße Erneuerung Verdienste erworben.

Neueste Nachrichten.

Die Affäre Sklarz.

TU. Berlin, 19. Dezember. Auf Antrag des Parteivorstandes hat der Parteiausschuß eine siebengliedrige Kommission zur Untersuchung der Beschuldigungen eingesetzt, die im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz gegen führende Parteimitglieder erhoben worden sind.

Die bayerische Volkspartei gegen den Einheitsstaat.

TU. München, 19. Dezember. Die bayerische Volkspartei kündigt an, daß sie, laut ihrem Parteiprogramm, der Forderung, eine einheitliche deutsche Republik zu schaffen, den äußersten Widerstand entgegensetzen werde. Für den Fall, daß sich die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung auf den gleichen Standpunkt wie die preußische Fraktion stelle, habe die Landesvorstandsschaft der bayerischen Volkspartei einstimmig beschlossen, die Abgeordneten der bayerischen Volkspartei für die deutsche Nationalversammlung eine eigene Gruppe bilden zu lassen.

Zwangsweiser Abtransport eines Sozialdemokraten aus Elsaß-Lothringen nach Tunis.

TU. Heidelberg, 19. Dezember. Vor einiger Zeit erregte das plötzliche Verschwinden des Hauptschriftleiters der Diedenhofener sozialdemokratischen „Volkstribüne", Pirrat, großes Aufsehen. Pirrat hatte in seinem Blatt die französische Verwaltung aufs schärfste angegriffen und vor allen Dingen die Verlotterung im elsaß-lothringischen Eisenbahnwesen gegeißelt. Er war ferner der Wortführer des Streiks, durch den die Arbeiterschaft Lothringens die wichtigsten Forderungen in der Sprachenfrage und der Besetzung des Eisenbahndirektoriums durchsetzte. Ebenso starkes Aufsehen, wie das plötzliche Verschwinden Pirrats, hatte schon wenige Tage vorher ein angeblich von ihm stammender Brief in der „Metzer Volkszeitung" gemacht, in dem Pirrat seine Abkehr von seiner bisherigen Politik und sein Bedauern über seine bisherige Haltung aussprach. Jetzt erhielt nun ein Freund Pirrats einen Brief von diesem aus Tunis, worin er mitteilt, daß er von den Franzosen gewaltsam dorthin gebracht worden sei. Das Bekanntwerden dieses Briefes, welcher mit einiger Sicherheit darauf schließen läßt, daß der oben erwähnte Abschiedsbrief gefälscht wurde, hat die gesamte lothringische Arbeiterschaft stark erregt.

Inkrafttreten des Friedens noch vor Weihnachten?

TU. Basel, 19. Dezember. Der Pariser Berichterstatter der „Nationalzeitung" meldet, daß man in Paris das Inkrafttreten des Friedens noch vor Weihnachten erwartet.

Die Chinesen wollen nicht warten.

TU. Lugano, 19. Dezember. Der chinesische Minister des Aeußern, Lustensjang, der Führer der chinesischen Friedensdelegation, die seit zwei Monaten in Nizza auf ihre Berufung nach Paris wartete, ist über Marseille nach China zurückgekehrt.

Explosionsunglück.

TU. Salzburg, 19. Dezember. Auf dem Rathausberg, wo Sprengversuche mit flüssiger Luft vorgenommen wurden, ereignete sich ein schweres Unglück. Ein losgesprengter Felsblock zerdrückte einem Arbeiter den Kopf und riß ihm eine Hand weg. Ein zweiter Arbeiter wurde getötet. Die Sprengflamme brachte die übrigen Patronen zur Explosion, wodurch elf Arbeiter schwere Brandwunden erlitten. An dem Aufkommen mehrerer derselben wird gezweifelt.

Massenhinrichtung der Terroristen.

TU. Budapest, 19. Dezember. Donnerstag früh in den ersten Morgenstunden wurden das Haupt der Leninbuben, Joseph Cserny, und seine 13 Spießgesellen hingerichtet.

Einberufung polnischer Reserveoffiziere.

TU. Warschau, 19. Dezember. Das Kriegsministerium hat die Einberufung aller polnischen Offiziere der Jahrgänge von 1889 bis 1888 verfügt. Die diesen Jahrgängen angehörenden Offiziere mußten sich bis zum 18. Dezember zur Musterung einfinden.

Uruguay will im amerikanisch-mexikanischen Konflikt vermitteln.

TU. Haag, 19. Dezember. Der mexikanische Geschäftsträger in Montevideo teilt mit, daß ihm der Minister des Aeußern von Uruguay seine guten Dienste zur Vermittlung im Streitfalle zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko angeboten habe.

Die Auftraggeber für Drucksachen und Annoncen werden darauf hingewiesen, daß nach dem neuen Umsatzsteuergesetz auch auf alle vor dem 31. Dezember 1919 erteilten Rechnungen die erhöhte Steuer entrichtet werden muß. Falls die Bezahlung nicht bis zu diesem Tage erfolgt ist, sind die Auftraggeber gesetzlich verpflichtet, dem Druckereibesitzer oder Zeitungsverleger einen entsprechenden Zuschlag auf den Rechnungsbetrag zu erstatten. Es ist daher dringend zu empfehlen, sämtliche Rechnungen bis spätestens zum Ende dieses Jahres zu begleichen.

Nach der zweiten Lesung des neuen Umsatzsteuergesetzes in der Nationalversammlung am 17. Dezember beträgt die Steuer vom 1. Januar 1920 ab

auf Drucksachen 1½ Prozent
auf Inserate gestaffelt bis 10 Prozent.

Lübeck, den 17. Dezember 1919.

Die Innung der Buchdruckereibesitzer zu Lübeck.
Die Vereinigung der Lübecker Zeitungsverleger.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Ein Buch, den Lieben zugedacht, Hat immer noch viel Freud gemacht!

Mutter, erzählen!
50 Geschichten zum Vorlesen, gebunden 6.—

Kindergeschichten
von O. Wildermuth .....gebunden 6.—

Kinderlust
von Frida Schanz.....gebunden 6.—

Ausgewählte Fabeln
von W. Hey .....gebunden 6.—

Im Märchenreich
beliebte Kindermärchen der Gebrüder Grimm und L. Bechstein..... 2.50

Im Märchenlande
Märchen und Geschichten v. A. Strauß 2.50

Des Kindes Lieblingsmärchen
von L. Bechstein..... 2.50

Geschichten und Märchen der Großmutter von K. v. Stenglin 2.50

Kinder- und Hausmärchen
von Gebrüder Grimm..... 2.75

Erzählungen
von Chr. v. Schmid..... 2.25

Märchen, Geschichten u. Lieder
von R. Reinick..... 2.25

Rübezahl
deutsche Märchen vom Berggeist.... 2.—

Kinderreime
herausgegeben von Joh. Trojan 5.50

Herzblättchens Zeitvertreib
begr. von Th. v. Gumpert...64 Bd. 11.—

Kindergeschichten
von L. Anklam 3.95

150 Erzählungen f. d. Jugend
von Fr. Hoffmann ..... 5.—

Hummelchen
von Clara Nast..... 5.50

Hummelchen geht zur Schule
von Clara Nast. 5.50

Hummelchen will studieren
von Clara Nast..... 5.50

Der Jugendgarten
44. Jahrgang .....11.—

Restauflagen.
Modernes Antiquariat.

Weihnachts-Karten.
Neue Kalender 1920.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Gasentnahme.

Es ist festgestellt worden, daß trotz des erlassenen Verbots dem Leitungsnetz der Gaswerke auch in den angeordneten Sperrzeiten Gas entnommen wird. Diese Feststellung wurde sowohl in Haushaltungen als auch in industriellen Betrieben gemacht. Da eine solche verbotswidrige Gasentnahme, die eine völlige Verkennung der schweren Notlage darstellt, ernste Schädigungen und Gefahren für die Allgemeinheit sowie eine vorzeitige Erschöpfung der Kohlenreserven bei den Gaswerken zur Folge hat, wird jede Ueberschreitung der bekanntgegebenen Gasabgabezeiten streng bestraft werden. Auch werden die Gebrauchsanlagen der betreffenden Abnehmer unnachsichtlich vom Leitungsnetz getrennt.

Lübeck, den 18. Dezember 1919. 11833

Das Polizeiamt.

Lübecker Straßenbahn.

Bekanntmachung.

Die zur Zeit in Benutzung befindlichen Berechtigungsscheine zum Bezuge von Arbeiter-Wochenkarten verlieren mit dem 31. Dezember 1919 ihre Gültigkeit.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine Neuausfertigung dieser Scheine unter Vorlage einer neuen Arbeitsbescheinigung mit Angabe des Arbeitsverdienstes bis zum 27. Dezember d. J. im Verwaltungsbureau, Roeckstraße Nr. 49 a, während der Geschäftsstunden erfolgen kann.

Vorgeschriebene Vordrucke für Arbeitsbescheinigungen sind bei der Firma Gebr. Borchers erhältlich.

Lübeck, den 18. Dezember 1919. (11819

Die Betriebsverwaltung.

„Das Zahnpulver No. 23"

gesetzlich geschützt
die neue verbesserte Zahnpflege
auf wissenschaftlicher Grundlage
nach Zahnarzt **Paul Bahr**
in 2 Packungen.

„Rosa": erhält die Zähne gesund und blendend weiss;
„Weiß": zahnsteinlösend, reinigend. (11813

Man verlange ausdrücklich **No. 23** mit Namenszug Zahnarzt P. Bahr
In Lübeck in allen Apotheken und Drogerien.

Die Haushaltungsvorstände werden an die Einsendung der ihnen zur Ermittelung der Einkommensteuerpflichtigen zugestellten **Umfragezettel** erinnert. Wer die Einsendung unterläßt oder unrichtige Angaben macht, kann nach § 20 des Einkommensteuergesetzes v. 1. November 1913 mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. belegt werden. (11817

Lübeck, 10. Dezbr. 1919.

Die Steuerbehörde.

Die Kriegsschreibstube
und Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz (11861
schließt die Geschäftsräume vom 20. bis zum 29. Dez. und am 31. Dezember.

Offener Schuppen,
12 m lg., 3.50 m br. zu vkf. 11852) Fleischhauerstr. 72.

Zu verk. eine gr. Puppe ein Regulator u. Unterleg-Zithernoten. (11859
Georgstr. 1. I. rechts.

Zu verk. Krämerl., Schlittschuhe, Brotschneidemasch. u. Verschiedenes. (11842
Klopenstraße 9, pt.

Ia. Filz- u. Einlagesohlen
empfiehlt 11814
Carl Hans Kühl, Lübeck,
Mühlenstraße 42.

Empfehle meinen
Herren- u. Damen-Frisier-Salon
Koonstraße 2, Ecke Marktstr.
Bedienung in und außer dem Hause. (11822
Verkauf sowie **Anfertigung** sämtlicher **Haararbeiten** u. **Toiletten-Artikel.**
Alb. Schütt.

Tannenbäume bis 3 Meter hoch, p. 1.60 Mk. an. (11872
Saß, Glockengießerstr. 24.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. 11811

Moderne Schmucksachen. Trauringe, versch. Preisl., Bestecke, Silber und versilbert
Goldschmied Tollgreve,
11811) **92 Schlaifstr. 92.**

Haltbare Hosenträger
Weiche Kragen
zum Selbstwaschen.
Krawatten 11810
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Kopflläuse
nebst Brut, **Radikalmittel.**
Zu haben **Fr. Krüger,** Be- 11857) bei **Fr. Krüger,** erdigt. Kammerjäger. **Alfstr. 3, I.**

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw.
billigst bei
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 11858

Hasenfelle
Kanin-, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Wildfelle, Pferde- u. Kuhhaare
kauft stets zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner
Holstenstr. 8. (11856

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (11855
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Mgl. d. R.-Sparv. Lubeca

Tatsachen beweisen es, daß Sie viel **Geld, Aerger u. Verdruß** sich ersparen, wenn Sie Ihren Bedarf an **Musikinstrumenten** sowie Reparaturen machen bei
A. M. Flägel,
obere Aegidienstraße 9, am Klingenberg.
Daselbst **einzigste u. größte Werkstatt** mit Kraftbetrieb dieser Branche **am Platze.**
Lieferant hiesiger u. auswärtiger Militär- u. Zivilkapellen. (11864

Vem [Z
Rein überseeischer vorzügl. Rauchtabak, Mittelschnitt, für ¼ Paket Mk. 2.75.
Zigarren in gr. Auswahl.
Probebestellung führt zu dauernden Beziehungen.
Versandhaus **Meisels,**
Darmstadt, Postfach. (11818

Sammellisten.

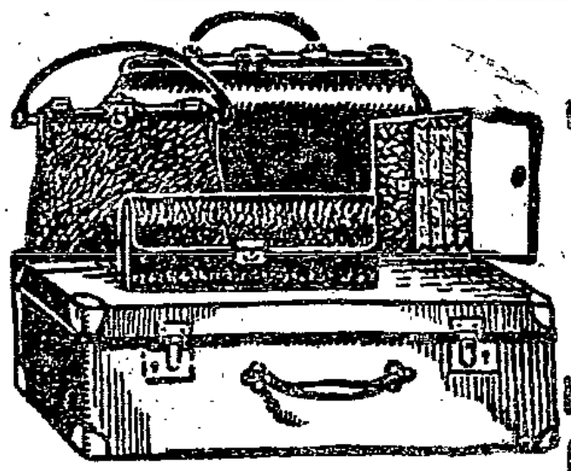
Die Sammellisten des Gewerkschaftskartells sind vom Freitag abend 6 Uhr ab im Gewerkschaftshaus abzuholen.

11865 **Die Kartellkommission.**

Wandkalender!

Der Wandkalender des „Lübecker Volksboten" befindet sich im Druck und ist am Montag, dem 22. Dezember, zum Preise von 20 Pfg. bei unseren Trägerinnen zu haben.

Geschäftsstelle des „Lüb. Volksboten".



Spezial-Geschäft und Fabrik in feinen Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln.

F. Fränkel, Lederwarenfabrik,
Lübeck (11815
Breite Straße 28. Fernruf 1207.

Ich kaufe nur Freitag, 19. und Sonnabend, 20. Dezbr.
von 10 bis 6 Uhr (11853
zu noch nie dagewesenen hohen Preisen

Alte Gebisse

Zahn bis 9 Mark, 20 und 65 Mark
(auch ganz alte und zerbrochene Gebißteile).
Platin, Brennstifte, Goldgebisse zum heutigen hohen Tagespreis.
Central-Hotel Schüsselbuden 12 Zimmer Nr. 10.
K. Meschig.

In Dosen aller Grössen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg. 11816

Zigarren Geschenkkisten à 50, 25 und 10 Stück. **Zigaretten, Zigarillos** 100 Stück Mk. 50.—. **Rauchtabak** in Paketen à 9, 1 u. ½ Pfd. **Wilh. Sparkuhl,** Breite Straße 25, I. Eingang Pfaffenstr. 2. Geschäftszeit 8—1, 3—6, Sonntag, 21. Dezbr. 11—6. (11826

Beilage zu Nr. 296.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 19. Dezember 1919

Wie steht es mit der Schulreform in Lübeck?

Nur wenige Monate trennen uns vom Beginn des neuen Schuljahres. Die Direktoren der hiesigen höheren Lehranstalten erlassen bereits Bekanntmachungen, in denen sie zur Anmeldung neuer Zöglinge auffordern. Nichts deutet darauf hin, daß irgend eine einschneidende Aenderung an unserem Schulwesen vorgenommen werden soll. Ist man in den leitenden Kreisen wirklich der Meinung, daß hier vorläufig alles beim alten zu bleiben hat? Hoffentlich nicht, denn dann wäre es an der Lübecker Bürgerschaft, mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß sie nicht dieser Auffassung ist.

Uns ist nicht unbekannt, daß die Oberschulbehörde sich bereits seit Monaten mit der Neuordnung des Schulwesens beschäftigt. Die Oeffentlichkeit hat jedoch bisher über das Ergebnis dieser Beratungen nichts erfahren, aber die Zeit drängt, wenn wirklich noch etwas von Bedeutung zu Ostern unternommen werden soll.

In der jetzt geltenden neuen Reichsverfassung wird bezüglich der Schulen u. a. bestimmt: **„Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich."** An diesen Vorschriften ist nicht zu drehen und zu deuten. Wenn Lübeck nicht gegen den klaren Wortlaut der Verfassung verstoßen will, so muß es zu Ostern die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit an den Volksschulen einführen. Daß dadurch dem Staate neue Lasten aufgebürdet werden, kann nicht gesagt werden; **nur eine andere Verteilung dieser Lasten** hat zu erfolgen. Bisher mußten die Eltern, welche ihre Kinder in die Schulen schickten, hierfür aufkommen, in Zukunft die Allgemeinheit, also auch die Kinderlosen, die doch unter den heutigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht so leiden, wie jene. Es ist demnach ein Gebot einfacher Gerechtigkeit, diese Bestimmungen der Reichsverfassung zu erfüllen. Weshalb ist man noch nicht mit entsprechenden Anträgen an die Bürgerschaft herangetreten?

Im Artikel 146 der Reichsverfassung wird vorgeschrieben: **„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf."** Wenn auch zugegeben werden kann, daß das ungeheuer wichtige und schwierige Problem der Einheitsschule, welches hierin seiner Lösung entgegenzuführen beabsichtigt wird, nicht mit einem Schlage verwirklicht werden kann, so ist es doch wohl möglich, wenigstens schon einen Anfang damit zu machen. Und das könnte schon zu Ostern geschehen durch den **Abbau der Vorschulklassen an den höheren Schulen.** Will man die gemeinsame Grundschule, dann müssen diese Vorschulklassen verschwinden und zunächst alle Kinder, die neu in die Schule eintreten, den gleichen Unterricht in der Grundschule erhalten. Dagegen sträubt man sich aber besonders in den bessersituierten Kreisen und dort, wo noch der Standesdünkel eine Rolle spielt. Auch die Revolution hat daran nur wenig zu ändern vermocht. Es gibt eben noch zahlreiche Eltern, die den Gedanken gar nicht fassen können, daß ihre Kinder mit Arbeiterkindern die gleiche Schulbank drücken sollen. Aber der Staat darf darauf keine Rücksicht nehmen. Gerade im Interesse des Aufstiegs der Begabten muß er auf die baldige Durchführung dieser Schulreform den größten Wert legen.

Es mag zugegeben werden, daß die Frage der Einheitsschule noch nicht völlig geklärt ist und daß einer restlosen Durchführung der betreffenden Bestimmungen der Reichsverfassung sich noch mancherlei Schwierigkeiten entgegenstellen, welche erst von einer Reichsschulkonferenz zu überwinden sind. Zur Beseitigung der Vorschulklassen bedarf es einer solchen Erörterung nicht mehr. Die kann von den Einzelstaaten beschlossen werden, wie das ja auch schon in mehreren deutschen Ländern geschehen ist. In süddeutschen Bundesstaaten hat man schon viel früher damit aufgeräumt. Dabei handelt es sich auch um eine Maßnahme, welche die Lübecker Lehrerschaft gleichfalls gefordert hat.

Daß die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich Reich und Einzelstaaten befinden, die Einführung und Durchführung mancher Kulturforderungen stark behindern oder gar unmöglich machen, verkennen auch wir nicht. So benötigt die Lübecker Unterrichtsverwaltung dringend neuer Schulräume, die ihr nicht beschafft werden können. Aber die werden ihr, so bedauerlich das ist, wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren noch nicht in völlig ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn man deshalb solange mit der durchgreifenden Schulreform warten wollte, so würde sie auf den Nimmerleinstag zu verschieben sein.

Die große Mehrheit der Lübecker Bevölkerung und der hiesigen Lehrerschaft will, daß mit der nötigen Reform unseres Schulwesens, die wirklich keine besonders radikale ist, zu Ostern nächsten Jahres begonnen wird. Die Oberschulbehörde würde kurzsichtig handeln, wenn sie ohne zwingende Gründe, und solche gibt es unseres Erachtens nicht, sich etwa dagegen sträubt.

Unbedingt erforderlich ist endlich vor allem eine völlige Umgestaltung des Geschichtsunterrichts, der auf den Fürstenkultus zugeschnitten war und absolut nicht mehr in unsere heutige Zeit hineinpaßt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 19. Dezember.

Die Aussperrung der Holzarbeiter

wurde in der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartelles erörtert und dabei die Stellungnahme des Demobilmachungskommissars Dr. Link scharf kritisiert. Jetzt bringt das Verbandsorgan der Holzarbeiter einen instruierenden Artikel über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und zieht zwei Fälle (Halle und Lübeck) an, wo die Demobilmachungskommissare in anfechtbarer Weise Stellung zu den Streitigkeiten nahmen. In bezug auf Lübeck heißt es in der „Holzarbeiter-Ztg.":

„Ist das Verhalten des für Halle zuständigen Demobilmachungskommissars, wenn auch formell, gesetzlich, so doch in der Sache recht bedenklich, so muß erst recht die Stellungnahme des Demobilmachungskommissars in Lübeck gerügt werden. In Lübeck haben im Sommer Verhandlungen geschwebt, bei welchen von unseren Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf 46 Stunden gefordert wurde. Diese Frage wurde damals zurückgestellt. Beide Parteien stimmten am 23. August der folgenden Vereinbarung zu:

„Die Forderung der Arbeitnehmer auf weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 46 Stunden wird mit Rücksicht auf die zurzeit in Berlin schwebenden zentralen Verhandlungen zurückgestellt. Diese Frage wird dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen entsprechend geregelt."

Die zentralen Verhandlungen ergaben, daß für Lübeck als einem der zweiten Tarifklasse zugeteilten Ort, vom 15. November die 46stündige Arbeitszeit gilt. Tatsächlich wurde auch die 46stündige Arbeitszeit in einigen Betrieben freiwillig eingeführt, in anderen Betrieben führten unsere Kollegen gegen den Willen der Unternehmer die Vereinbarung durch, indem sie am Sonnabend, dem 15. November, nach sechsstündiger Arbeitszeit Schluß machten. Damit waren die Unternehmer nicht einverstanden. Am 21. November fanden Verhandlungen im Lübecker Arbeitsamt statt, die aber ergebnislos verliefen. Darauf begannen die Unternehmer am 22. November die Aussperrung.

Um sich hierfür eine moralische Stütze zu verschaffen, wandten sich die Unternehmer am 26. November mit der Bitte um eine Rechtsauskunft an den Demobilmachungskommissar Dr. Link, der als Direktor des Lübecker Arbeitsamtes die Verhandlungen am 21. November geleitet hat. Dieser ging bereitwilligst auf das Ansuchen ein. In einem von dem gleichen Tage datierten Schreiben, das er in Abschrift auch der Verwaltung unseres Verbandes zustellte, erklärte er, daß aus der oben wiedergegebenen Vereinbarung vom 23. August ein Rechtsanspruch nicht hergeleitet werden könne. Demnach wären also die Unternehmer im Recht, wenn sie den Anspruch auf Einführung der 46stündigen Arbeitszeit ablehnen.

Herr Dr. Link sagt in seinem Gutachten, daß seine Auslegung vom Rechtsstandpunkt aus völlig einwandfrei sei. Wir finden diese Behauptung reichlich kühn. Zum mindesten muß seine Auslegung auch vom formaljuristischen Standpunkte aus als strittig bezeichnet werden. Die Vereinbarung vom 23. August bestimmt, daß die Streitfrage „dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen entsprechend geregelt" wird. Das Ergebnis der zentralen Verhandlungen war aber der Reichstarif. Daß dieser später von der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes abgelehnt wurde, kommt nicht in Betracht, um so weniger, als die Generalversammlung sich ausdrücklich bereit erklärt hat, den hier in Betracht kommenden Punkt bezüglich der Arbeitszeit anzuerkennen.

Auf die juristische Tistelei, ob diese Auffassung, oder die des Dr. Link richtig ist, nach welcher die Lübecker Vereinbarung ungültig wäre, weil der Reichstarif schließlich nicht zustande gekommen ist, wollen wir nicht weiter eingehen; das mögen berufsmäßige Juristen entscheiden. Wir müssen es aber auf das schärfste kritisieren, daß der Verhandlungsleiter außerhalb der Verhandlungen ein juristisches Gutachten abgibt. Aber noch mehr! Der Herr Dr. Link ist auch Demobilmachungskommissar. Es besteht also die Möglichkeit, daß er in die Lage kommt, einen Schiedsspruch, für dessen Ausfall er sich bereits präjudiziert hat, später für verbindlich zu erklären. Wäre es für den Demobilmachungskommissar, der unter Umständen in solchen gewerblichen Streitfragen in letzter Instanz zu entscheiden hat, nicht richtiger gewesen, zum mindesten solange Zurückhaltung zu üben, bis er amtlich berufen wird, in Funktion zu treten?

Aus den beiden geschilderten Fällen ergibt sich aber auch, daß die Folgerungen nicht genügend überdacht wurden, als den Demobilmachungskommissaren durch die Verordnung vom 3. September 1919 das Recht eingeräumt wurde, Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären. Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 gibt dem Reichsminister das Recht, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären; er darf aber nicht nach freiem Ermessen entscheiden, sondern die Verordnung schafft eine Reihe von Kautelen, um zu verhüten, daß durch die Entscheidung des Ministers berechtigte Interessen verletzt werden. Der Demobilmachungskommissar, also eine untergeordnete Instanz, ist dagegen berechtigt, auf dem Wege über die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches Tarifverträge für verbindlich zu erklären, ohne sich an den Widerspruch der einen Partei zu stören und ohne daß diese ein Rechtsmittel gegen das ihr zugefügte Unrecht hätte. Das hat die Regierung bei dem Erlaß der Verordnung vom 3. September 1919 jedenfalls nicht gewollt. Nachdem sich aber diese Wirkung gezeigt hat, muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß die Verordnung entsprechend geändert wird."

Mieterschutzverein.

Seit längerer Zeit hat sich immer deutlicher die Notwendigkeit gezeigt, einen Mieterschutzverein ins Leben zu rufen. Es hatten sich daher einige Mieter zusammengetan, die Gründung eines solchen Vereins vorzubereiten. Die erste, sehr zahlreich besuchte Versammlung fand am Mittwoch abend in den Zentralhallen statt. Die einleitenden Worte sprach Herr Mirow, der in sehr überzeugender Weise für die Gründung des Vereins eintrat. Die nun einsetzende überaus lebhafte Debatte bewies, wie sehr der Redner recht hatte. Insbesondere wurden die den Mietern entgegentretenden Auswüchse gegeißelt und auch das bekannte Verhalten des neuen Haus- und Grundbesitzervereins der Kritik unterzogen, die es vom Standpunkte des Mieters aus finden muß. Der Antrag auf Gründung des Vereins wurde einstimmig angenommen. Herr Mirow teilte hierauf mit, daß der Verein seine erste Versammlung in der ersten Hälfte des Monats Januar abhalten werde. Herr Rechtsanwalt Ewers, als künftiger Rechtsbeistand des Vereins, gab in großen Umrissen den Satzungsentwurf bekannt. Im Laufe der Versammlung gingen bereits 200 Beitrittserklärungen ein. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die in den Zentralhallen zu Lübeck am 17. Dezember stattgefundene Versammlung von Mietern begrüßt die durch die Einberufer beabsichtigte Gründung eines Mieterschutzvereins in Lübeck auf das wärmste und erklärt sich mit den von den Leitern gemachten Vorschlägen über die Gründung voll einverstanden. Sie fordert alle Mieter Lübecks auf, in Massen diesem Vereine beizutreten damit dem Grundbesitzerverein gegenüber geschlossen und stark die berechtigten Interessen der Lübecker Mieterschaft nachdrücklich vertreten werden können.

Hierauf sprach Herr Mirow den Erschienenen den Dank aus, indem er seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, daß alle Redner die Würde der Versammlung nach jeder Richtung hin voll gewahrt hätten.

*

Versorgung des Handwerks mit Leinölfirnis. Dem selbständigen Malergewerbe ist vom Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Oele ein begrenztes Quantum Leinölfirnis zur Verfügung gestellt. Voraussichtlich können für jede Arbeitskraft (Meister, Geselle, Lehrling) etwa 10 Kgr. zur Verteilung kommen. Anträge sind bei der Gewerbekammer, Breite Straße 40, I, zu stellen mittels der dort erhältlichen Formulare und zwar umgehend, spätestens bis 23. Dezember 1919. (Vergl. auch das Inserat in der Mittwoch-Nummer dieses Blattes.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

65. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

In der Folgezeit zeigte er sich gegen Horstmann sehr kühl und kurz angebunden. Von der früheren vertraulichen Liebenswürdigkeit war keine Spur mehr vorhanden. Er kam immer nur auf Augenblicke. Die ärztlichen Ratschläge, die er ihm gab, klangen wie Befehle. Und wehe, wenn der Kranke ihnen nicht strikte nachkam, oder wenn er zu widersprechen wagte! Dann war der Arzt immer gleich mit der entsprechenden Strafe bei der Hand. Selbstverständlich sagte er nie offen, daß seine Anordnungen eine Strafe für die Widersetzlichkeit sein sollten, sondern er erklärte nur: „Der Patient tobt wieder, bringen Sie ihn auf die unruhige Abteilung." Oder: „Der Patient soll heute das Zimmer hüten, der Aufenthalt draußen greift seine Nerven an." Oder: „Der Patient scheint heute wieder in einem Erregungszustand. Er bekommt acht Tage keine Zigarren." Es gab eine ganze Skala mehr oder minder schwerer Strafen. Und daß sie bis auf den Punkt über dem i ausgeführt wurden, dafür sorgte die eiserne Zucht der Anstalt, in der einer vom andern abhing und einer den anderen überwachte.

Allmählich wurde Horstmann mürbe. Die Zeit selbst brach seinen Widerstand. Er fühlte ein dumpfes Grauen gegen den allmächtigen Arzt und unterwarf sich ihm in allen Dingen.

Von dem Augenblick an zeigte auch Doktor Sinzheimer wieder seine frühere Liebenswürdigkeit. Er kam wie immer jeden Mittag zur bestimmten Stunde, drückte dem Kranken freundschaftlich die Hand, fragte, wie er geschlafen, ob ihm das Essen geschmeckt habe? Und dann fing er mit ihm eine harmlose Unterhaltung an, bis er wie durch einen Zufall auf die Krankheit zu sprechen kam.

„Na, sind Sie jetzt überzeugt, daß Sie krank sind?"

„Jawohl!"

„Sehen Sie jetzt ein, daß wir Sie nicht widerrechtlich, sondern in Ihrem eigenen Interesse hier behalten?"

„Jawohl!"

„Wenn Sie nämlich herauskämen, würden Sie doch bloß wieder Geschichten anstellen."

Horstmann nickte.

„Oder haben Sie eingesehen, daß niemand etwas Böses gegen Sie im Schilde führt?"

„Jawohl!"

„Also Sie sind jetzt überzeugt davon, daß Ihre früheren Beobachtungen nur auf Irrtum beruhen; eben auf Ihrer Krankheit!"

„Jawohl!"

„Dann müssen Sie sich diese Fabel von dem nächtlichen Einbruch gründlich aus dem Kopf schlagen. Es hat ein solcher niemals stattgefunden."

Horstmann antwortete nicht.

„Oder glauben Sie etwa doch?"

Eine Weile schwieg der Kranke und schien nachzudenken, dann sagte er:

Ich stand in der Nacht gegen elf am Fenster. Als ich zum erstenmal hinausguckte, war der Schnee frisch gefallen und glatt wie ein Tischluch. Nach einer Stunde guckte ich wieder hinaus, da waren Fußspuren im Schnee."

„Du lieber Himmel, was beweist das?"

„Die Spuren gingen bis an mein Haus, und es gingen keine wieder zurück."

„Wie wollen Sie das wissen? Vielleicht ist der Dieb, wenn einer da war, in denselben Fußspuren wieder zurückgegangen. Aber seien Sie versichert, es war keiner da. Was Sie gesehen haben, existierte in Wirklichkeit gar nicht. Das war nur eine Gesichtstäuschung."

„Ich kann doch wohl meinen Augen trauen!"

„Das ist es ja eben. Sie haben damals an Hallucinationen gelitten. Sie müssen sich diese Gedanken energisch aus dem Kopfe schlagen. Eher werden Sie nicht wieder gesund. Wollen Sie mir das versprechen?"

Horstmann erwiderte sein gehorsames „Jawohl."

Er lernte jetzt immer mehr einsehen, daß er in den Augen der Aerzte ein Kind ohne eigene Meinung, ohne eigenen Willen war. Und wie man ihm beim Eintritt in die Anstalt sein Geld, seine Schlüssel, sein Messer abgenommen hatte, legte er jetzt seinen Stolz und seine Würde ab, spielte die Rolle, die man ihm aufdrängte, und sagte das Gegenteil von dem, was er dachte.

Auch beteiligte er sich jetzt an den Vergnügungen, die man in der Anstalt bot, er kegelte mit und trank im Gasthaus „Zur Post und zur Krone" seinen Abendschoppen.

Bei den anderen Kranken war er wenig beliebt. Sie nannten ihn einen ungeschliffenen Kerl. Und merkwürdig, diese harmlosen Narren, denen ein aufmerksames Ohr die Krankheit schon nach kurzer Unterhaltung anmerken konnte, waren alle unter sich einig, daß Horstmann ein ganz besonders schlimmer Verrückter sei. Wenn er still vor sich hinsah und nichts sagte, stießen sie einander an und meinten: „Da sitzt er wieder und spinnt." Und als er sich einmal hinreißen ließ, von seinem früheren Leben zu erzählen, von der Duringer Brücke, die er gebaut hatte, blinzelten sie sich an und konnten nur mühsam das Lachen verbeißen. Nachdem er fortgegangen war, sagte einer: „Leidet der Kerl aber an Größenwahn! Da hört sich ja alles auf."

Wie früher die Düsseldorfer Gesellschaft ihn instinktiv gehaßt, ihn verkleinert und geschmäht hatte, so haßte man ihn auch hier. Denn auch in diesem Irrenhause spielte sich das Leben, wenn schon in verzerrter Form, doch auf denselben Grundlagen ab, wie draußen in der wirklichen Welt. Und wenn diese Kranken auch verrückt waren, wenn ihr Verstand gelitten hatte, und ihr Hirn aus dem Leim gegangen war, so hatten sie doch darum nicht aufgehört, gewöhnliche Alltagsmenschen zu bleiben, die sich mit ihren Herdeninstinkten voll Haß und dumpfer Furcht vor dem zurückzogen, der fremd und finster unter ihnen saß.

Aber während die Tage, die Wochen, die Monate hinschlichen, mit bleiernen Flügeln und inhaltsleeren Gesichtern, erlosch in Horstmann selbst immer mehr die Erinnerung an das, was einmals war. Immer seltener schweifte sein Auge und sein Geist über die Mauern, die unübersteigbar den Park umgaben.

Nur nachts, in den klaren Winternächten, wenn das Gezeter der Irren schwieg, und der Wärter, der mit ihm das Zimmer teilte, nicht mehr schnarchte, wenn der gespensterhafte Flug der Schneeflocken die lautlose Stille noch stiller machte, dann wurde der Ingenieur oft durch den gellenden Pfiff einer Lokomotive geweckt. Es war ein großer Kurierzug, der um zwei Uhr nachts den kleinen Bahnhof von Romannshausen durchraste. Ganz schwach war aus der weiten Ferne das Tosen der Räder zu vernehmen. Dieser helle Aufschrei, in dem so viel jauchzende Kraft, so viel Eile, so viel Wildheit, in dem Horstmanns ganzes früheres Leben lag, rief die mannigfaltigsten Erinnerungen in ihm wach. Er hob den Kopf aus den Kissen und lauschte mit entzücktem Ohr. Oft ließ sich ein zweiter Pfiff vernehmen. Dann stieg er hastig aus dem Bett, öffnete das Fenster und starrte in die weite Nacht hinaus. Die Sehnsucht nach der Freiheit, nach der Jugend war in ihrer ganzen Inbrunst erwacht.

Es wollt ihm unfaßbar scheinen, daß der Mann, der so oft selbst dies schwarze Tier, das ihm da aus unerreichbarer Ferne zulockte, über noch jungfräuliche, von keinem Stahlrad berührte Eisenschienen gelenkt, der mit seinem Heer von Arbeitern, Rottenführern, Werkmeistern ein wahres Herrscherleben geführt hatte, daß dieser einmal er selbst gewesen war, er, der hinter den vergitterten Fenstern stand, ein Bettler, ein Kind an Macht, ein gedemütigter Hilfloser. Es wollte ihm unfaßbar erscheinen, unnatürlich wie der Traum eines Wahnsinnigen, zu furchtbar, als daß es Wirklichkeit sein konnte. Er stand lange da, den Kopf gegen das Eisengitter pressend. Dunkel und wirr wie vor ihm die Nacht voll gespenstisch treibender Schneeflocken, erschien ihm das Leben, das menschliches Dasein formt und zerbricht mit mitleidloser Willkür.

Fortsetzung folgt.

Aus dem Parteileben.

Die finnische Sozialdemokratie und die Internationale. Auf der Parteiversammlung der finnischen Sozialdemokratie würde mit 91 gegen 24 Stimmen beschlossen, daß die Partei sich der zweiten Internationale anschließen wolle. Die Minderheit stimmte für den Anschluß an die dritte Internationale.

Die unheimliche erzwungene Ruhe im Saargebiet. Der Besuch der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Saarbrücken blieb nach Meldungen der „Volksstimme" hinter dem der vorletzten Versammlung zurück. Ein Kriterium, wie das Blatt sagt, der unheimlichen erzwungenen Ruhe, die gegenwärtig über dem dortigen politischen Leben lagert, und in deren Stickluft die politische Initiative der Bevölkerung zu verkümmern droht. Bei der Aussprache wurde u. a. ein Ueberblick über die politische Lage gegeben, dessen Inhalt natürlich in der Presse nicht erscheinen darf. Hieran schloß sich die Mahnung zu unverdrossenem Festhalten an der Partei.

Arbeiterbewegung.

Der Streik bei Wertheim in Berlin ist beigelegt. Der Schlichtungsausschuß entschied dahin, daß der Streik jeder rechtlichen Grundlage entbehre. Er empfahl der Firma, in eine private Prüfung der angeblichen Notlage einzutreten.

Angestelltenstreik in Darmstadt. Nachdem die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Angestellten von Darmstadt scheiterten, traten die kaufmännischen und technischen Angestellten Donnerstag in den Ausstand. Die Verhandlungen dauern fort.

Reich und Ausland.

Ueber eine epidemische Schlafkrankheit berichtet man dem „Hamb. Corr." aus Stockholm: In der letzten Zeit tritt hier eine epidemische Schlafkrankheit auf. Viele Fälle haben bereits tötlichen Ausgang genommen. Die Kranken sind meist jüngere Personen.

Sturm im Atlantischen Ozean. Der furchtbare Sturm, der seit mehr als einer Woche im Norden des Atlantischen Ozeans wütet, hat nach einer Meldung des „Agence Havas" die Kabel zerrissen und die Schiffahrt gestört. Im Hafen von Neuyork werden mehr als hundert Schiffe erwartet, die Verspätungen von bis 10 Tagen haben. 15 dieser Schiffe mit ungefähr 20 000 Passagieren sind unterwegs.

Schlagende Wetter. Wie der „Frankfurter Zeitung" aus München gemeldet wird, folgte der bereits berichteten Explosion schlagender Wetter in Peißenberg eine weitere, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Bei beiden Explosionen fanden sieben Bergleute den Tod, 28 wurden verletzt.

Raubüberfall. Nach dem Mannheimer Polizeibericht wurde der Kaufmann Muench aus Frauenthal von einem angeblichen Platinschieber nach Mannheim gelockt, in der Augustaallee von fünf Personen überfallen und seiner Ledertasche mit 150 000 Mark Inhalt beraubt. Der Ueberfallene setzte die Polizei erst nach einigen Tagen hiervon in Kenntnis. Von den Unbekannten hat man bis jetzt noch keine Spur.

Heute morgen 4½ Uhr starb nach schwerer Krankheit unser kleiner süßer (11828

Richard

im zarten Alter von 4 Wochen.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von seinen Eltern und Geschwistern

Paul Lau und Frau geb. Ohrt.

Die Beerdigung findet Montag, den 22. Dez., 10¾ Uhr vorm., von der Halle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Zu verk. Bettst., Unter- u. Oberbett, Spiegelschr., Anzug (braun) zu verk.
11842) Hundestr. 73, pt.

Eine Gaslampe zu verk.
11845) Reiferstr. 41 a.

Zu verk. junge Kanarien-Hähne, gute Tag- u. Licht-Sänger. (11849
Wakenitzstr. 38/39.

Zu verk. ein heller D.-Winterhut, e. neue ungestr. Kinderbettstelle, e. Küchengaslampe, neuer Fahrradsattel, D.-Fahrr. ohne Ber.
11878) Friedenstr. 77.

Ein Stabil zu verkaufen. gut erhalten. (11870
Stitenstraße 7 l.

Zu verk. Zither m. unterleg. Not., Mantel f. 10jähr. Mädch. u. wß. Baby-Mtl. z. verk. B. St. Johannis 28. I.

Zu verk. 1 eleg. seid. Bluse, 1 Bettdecke, 1 Hängematte f. Kinder, 1 Angelrute, 5 m lg. Warncke, Wallenallee 1 a.

Aquarium zu verkaufen.
11840) Warendorpstr. 5 pt.

Zu verkfn. 1 große Puppe m. Kld., 1 Schaukelpferd.
11841) Grüner Weg 24.

9 m. Porz.-Blumentöpfe, 8 kl. Glasscheiben für Mistbeetfenster zu verkaufen.
11889) Engelsgrube 72 III.

Ein Krämerladen und eine Puppenküche zu verkaufen.
11887) Glandorpstr. 9 pt.

Zu verk. gr. Krämerladen, Schlachterladen, Pferdestall. Maßstiefel, fast neu, f. 8—4j. Kind. Sadowastr. 1 pt.

Puppenstube mit Einrichtung zu verkaufen. (11869
Fleischhauerstr. 281 (Flügel)

Zu verkaufen: 1 Bettstelle 2schl., o. Matr., 1 Bettstelle 1schl., mit Seegrasmatratze.
Wakenitzmauer 1241. links.

Bill. zu verk.: 1 Paar gebr. Schlittschuhe (26), 1 Winterhut f. gr. Mädch., 2 Pelzkr.
11867) Schwart. Allee 151 I

Zu verkauf. eine Festung und ein Luftgewehr.
11866) Schwart. Allee 158.

Gr. Puppenwag. auf Gummi, gr. Puppenbettstelle, leere Puppenstube zu verkaufen.
11860) Paulstr. 20 II.

1 Paar verpaßt. Damenstiefel m. Stoffeins., Gr. 37 zu vertauschen.
11846) Dornestr. 47, I.

Ein guterh. Knaben- od. Mädchenränzel z. kauf. ges. Angebote an **Blüchen,**
11809) Georgstr. 45, p.

Ein kleines Haus vorm Holstentor zu kaufen gesucht. Offerten unter **A J 6** an die Exp. d. Bl. (11898

Fireg. Holländer mit Zahnrad ges. Ang. unter **G M** an d. Exp. (11843

Zu kaufen ges. ein guterhalt. **Handarbeitskorb.** Angeb. u. **G R** an die Exp. d. Bl. (11848

Guterhaltener **Korbsessel.** Preisangebote unter **A F** an die Exp. (11850

Zu kaufen gesucht gebr. Linoleum oder anderen Teppich. Angeb. unter **S S** a. d. Exp. (11881

Ein Taschenvoltmeter verloren. Gegen Belohnung abzugeben (11847
Wickedestr. 37, pt.

Fremdwörterbuch

Von A. Boneck.
Mk. 1.60.
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung

Handarbeiten

Beliebte Weihnachtsgeschenke finden Sie in reicher Auswahl im

Handarbeitsgeschäft Ritz,

11876) Wahmstraße 1.

Christbaum-Kerzen

pro Stück 42 Pfg.
Schönes volles Licht!
Theodor Schnauer,
Glockengießerstr. 16 (11824) Telephon 2414.

Warnung!

Warne jeden, sein Gebiß fortzuwerfen.
Noch nie dagewesene Preise für alte Gebisse zahle ich
am Montag, dem 22. Dezember von 9—6 Uhr und am Dienstag, dem 23. Dezember von 9—5 Uhr in Lübeck Hotel Waldenteller, Obertrave 5 Zimmer 14.
Gewöhnlicher Platinzahn 3.50—6.50 Mk.
Plattenzähne bis 80,— Mk. (11881
Für Platin (Brennstifte) nach Gewicht den jetzigen außerordentlich hohen Preis. **Ludwig.**

Ballspielverein „Vorwärts"
Mitglied d. Arb.-Turn- u. Sportbundes.

Grosser Ball

am Sonnabend, dem 20. Dezember, im „Friedrichshof".
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
11824 Das Festkomitee.

Verein „Elektra", Lübeck.

(Elektromonteure.)

I. Stiftungs-Fest

verbunden mit Theateraufführungen, Verlosung u. Ball am Sonnabend, d. 20. Dez. 1919, im Konzerthaus Lübeck, Fackenburger Allee.
Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 6 Uhr.
Eintrittspreis für Herren 2.00 Mk., Damen 1.00 Mk. (11827

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentl. Mitgliederversammlung

am Sonnabend, dem 20. Dezember 1919, im Lokale des Herrn Friedr. Lender, Hundestraße.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
11878 **Die Ortsverwaltung.**

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Lübeck. Bureau: Fleischhauerstr. 8.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, dem 20. Dezember, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag.

11851) **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der Schauerleute, Kaiarbeiter, Kohlenstauers- und Kohlenplatzarbeiter
am Sonnabend, dem 20. Dezbr., abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu dem ablehnenden Verhalten des Hafenarbeiter-Verbandes betr. unserer Lohnforderung.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
11863) **Die Ortsverwaltung.**

Tournee

Hemberger

kommt! 11874
mit seinem wundervollen

Weihnachtsbazar-Programm.

Nur 6 Tage
ab 25. (erster Weihnachtsfeiertag) bis 30. Dez., abends präzise 7½ Uhr im Riesensaale des

Gewerkschaftshauses, Johannisstrasse.

Jubel ohne **Ende.**
Preise der Plätze:
Num. Orchestersitz 4 Mk., num. Sperrsitz 3 Mk., num. Parterre 2 Mk., 1. Platz (nichtnum. Seitenplätze) 1,50 Mk., II. Platz (Balkon) 1 Mk.
Billetvorverkauf: **M. Niemeyer**, Zigarrenhdlg., Br. Str. 63.

Der Benefiz-Ball für die Bedienung

im Lokale des Herrn **Didrichsen** (11871

Gesellschaftshaus Fackenburg

findet nicht am Sonnabend, dem 20., sondern **am Sonntag, dem 21. Dezember 1919 statt.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein **Die Bedienung.**

Harmonika-Klub „Harmonia".

Einladung zum großen

Sonnenwende-Ball

Weihnachtsbaum und wunderbare Ueberraschung
Kinderchor 11821
am Sonnabend, dem 20. Dezbr., im Neulauerhof.
Geheizter Saal. Anfang 7 Uhr.
Herren 1.50 Mk. Damen 1 Mk. **Festausschuß.**

Gewerkschaftshaus.

Am Sonnabend, dem 20. Dezember, Anfang 7 Uhr

Großer Ball.

11886
Verlosung von Lübecker Theaterkarten.
Herren 2.00 Mk., Damen 1.50 Mk. **Der Vorstand.**

Direktion: H. Todt.
Fünfhausen 17/19.

Neu! # Kabarett-Diele. **Neu!**

2 Orchester.
Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm
Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti, Kammersänger.
Fränzi Sylva, Opernsängerin.
Hans Lützow, Ballettmeister u. Solotänzer v. d. Staatsoper Berlin.
Gebr. Pentsch, Exzentric-Tänzer.
Werner Alberti, Fränzi Syliva, Opern-Duette.
Kaethe Schwebe, Solo-Spitzentänzerin.
Geschwister Graff, Akrobat. Tänzerinnen.
Rolf Hegewald, Chansonier u. Ansager 11854

Ball-Orchester: Dirigenten **Hans Elvers, Walt. Schwenk**

Täglich nachmittags 4-Uhr-Tee:
Auftreten sämtlicher Künstler.
Echte Biere. Beste Weine. Kaltes Buffet.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele
Das neuste, modernste und bequemste Lichtspiel am Platze.
Johannisstr. 25 (früher Monopol)
Vom 19. bis 22. Dezember:
Nur 4 Tage! Nur Erstaufführung!

Der Weltspiegel.

Ein großer Film in 6 Akten nach einer Idee von Morel, verfaßt und inszeniert von Lupu Pick.
In der Hauptrolle: **Bernd Aldor, Reinh. Schünzel.**

Tee oder Schokolade?

Eine viereckige Geschichte in 2 Akten.
In der Hauptrolle: **Gerb. Dammann** u. **Hansi Dege.**

Max will größer werden.

Lustspiel. (11879
Spielzeit nachm. 4—7 Uhr, abends 7—10 Uhr.

Stadthallen-Lichtspiele

das größte und modernste Lichtspiel-Theater am Platze.
Lübeck. Mühlenbrücke 13.
Vom 19. bis 25. Dezember 1919.
Versäumen Sie nicht,
die größten Schlager der Gegenwart zu sehen.

Der Tänzer, I. Teil

Frei nach Motiven aus dem Roman von **F. Holländer**
3. Film der Maxim-Klasse. (11880

Comtesse Doddy

Lustspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: **Pola Negri.**

Wer die Arbeit kennt

Schwank.

Moderne Tänze.

Nachmittagsvorst. 4—7 Uhr. Abendvorst. 7—10 Uhr.

Konzertina-Klub „Lübeck"

Sonnabend, den 20. Dezember:

Großer Ball

im Kolosseum. (11875
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Die Verfassung des Deutschen Reiches

vom 11. August 1919.
Textausgabe mit Sachregister.
Preis Mk. 1.10.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Visitenkarten

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Sparklub zur Laube.

Auszahlung der Spargelder am 20. Dezbr. 1919, abends 7½ Uhr, im Lokale Geninerstraße 54.
11829) **Der Vorstand.**

Sparklub Einigkeit

Stockelsdorf.
Zu der am Sonntag, dem 21. Dezember stattfindenden
Weihnachtsfeier f. Kinder
mit anschließendem
Ball für Erwachsene
im Lokale des Herrn **Kost** ladet freundlichst ein
11828) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater

Freitag: Wegen Generalprobe geschlossen.
Sonnabend, 7 Uhr:
Gastsp. Lisa Thüring
vom Mellinitheater, Hannover. (11882
Zum 1. Male!
Die Geisha.
Operette von Jones.
Sonntag nachmittag: Aschenbrödel.
Abends: **Die Geisha.**

Stadttheater Lübeck

(11820
Freitag, den 19. Dezbr.:
13. Vorst. im Freitag-Abon.
3. Vorst. i. Opernzyklus.
Anfang 7 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Oper in 3 Aufzügen von W. A. Mozart.
Sonnabend, d. 20. Dezbr.:
Der Vogelhändler
Sonntag, d. 21. Dezember, Anfang 11 Uhr:
Preise der Plätze Mk. 2.15, 1.15 und 65 Pfg.
Vortrag
von Kapellmeister **Karl Mannstaedt.**
Meistersinger
Anfang 3 Uhr:
Vorstellung im Faustzyklus für höhere Schulen und Volkshochschule.
Jedermann.
Anfang 7 Uhr:
Der Troubadour.